

# Saar-Freund

Nachrichten aus dem  
abgetrennten  
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt  
des  
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 3 • 9. Jahrgang

Berlin, 1. Februar 1928

## Vor einer Neuorientierung der Saarpolitik des Völkerbundes?

Das belgische Mitglied der Regierungskommission des Saargebiets, Major Lambert, hat nunmehr dem Generalsekretariat des Völkerbundes sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß dem Ersuchen Lamberts durch den Völkerbundsrat entsprochen werden wird, nachdem er seit Bestehen der Saarregierung diesem Verwaltungsausschuß angehört. Sein jetzt erfolgter Rücktritt ist das Ergebnis jahrelanger Bemühungen der politischen Parteien des Saarlandesrats und eine Auswirkung des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund. Schon nach den Locarno-Besprechungen stand es fest, daß Herr Lambert von seinem Posten zurückgezogen werden würde, nachdem der damalige belgische Außenminister Vandervelde den politischen Vertretern des Saargebiets in Genf eine dahingehende Zusage gemacht hatte. Wenn es trotzdem nicht gelang, den Völkerbundsrat bereits vor einem Jahre zu einem dahingehenden Beschluß zu veranlassen, so hängt das mit bestimmten französischen Bestrebungen zusammen. Die gleichen Kräfte in Frankreich, die seinerzeit die Frage des Rückkaufs der Gebiete von Cuxen und Malmédy nicht haben zur Ausreifung kommen lassen, haben es auch vermocht, die Abberufung des belgischen Saarregierungsmitglieds Lambert um ein volles Jahr zu verschieben.

Inzwischen ist der kanadische Saarpräsident Stephens von seinem Posten zurückgetreten und hat, wie sein Landsmann Waugh, nach Rückkehr in seine Heimat über die unhaltbaren Zustände in der Saarverwaltung auf Grund des frankophilen Uebergewichts in der Saarregierung der Öffentlichkeit Mitteilung gemacht. Es scheint auch, als ob durch den jetzigen Saarpräsidenten, den englischen Diplomaten Wilton, England über die wirklichen Zustände innerhalb der Saarregierungskommission aufgeklärt worden ist, so daß sich auch im Völkerbundsrat die Ueberzeugung durchgesetzt hat, daß die Weiterbelassung des Herrn Lambert in der Saarregierungskommission nur zum Schaden des Völkerbundes selbst geschehen könnte.

Im Saargebiet wird das bevorstehende Ausscheiden Lamberts aus der Saarregierung von links bis rechts mit Genugtuung begrüßt. Lambert war von Anfang an ein getreuer Schildhalter der französischen Saarinteressen. Man sagt ihm wohl nicht mit Uebertreibung nach, daß er während der Zeit der Präsidentschaft des Herrn Rault dessen Maßnahmen ohne Bedenken von vornherein gutheiß. Für Herrn Lambert hat es eine Bestimmung oder eine Instruktion nicht gegeben, die der Saarregierung als Hauptaufgabe zuweist, Rechte und Wohlfahrt der Bevölkerung des Saargebiets zu sichern. Von Anfang des Bestehens der Saarregierung an war der frankophile Einfluß in ihr vorherrschend. Nach der ersten Ernennung setzte sich die Regierungskommission

aus dem Franzosen Rault, dem Belgier Lambert, dem Pseudodänen Huitfeldt, dem Kanadier Waugh und dem Saarländer von Boch zusammen. Letzterer legte sein Mandat schon nach rund einem halben Jahre nieder, weil er die systematische Entrechtung der der Saarregierung zur Verfügung gestellten deutschen Beamten nicht länger mitmachen wollte. In seine Stelle wurde gegen den einstimmigen Willen der Bevölkerung — der allerdings bisher ein Mitbestimmungs- oder Vorschlagsrecht bei der Ernennung des saarländischen Mitglieds nicht zugestanden worden ist — der praktische Arzt und kommissarische Bürgermeister von Saarlouis, Dr. Hector, ernannt, der nach seinem sensationellen Meineidsfall im sogenannten Hector-Prozeß durch den Saarlouiser Petroleumhändler Land ersetzt wurde. Beide, Hector wie Land, waren innerhalb der Saarregierung willkürliche Werkzeuge der französischen Politik.

Erst mit der Ernennung des jetzigen saarländischen Mitglieds Rosmann, eines früheren katholischen Arbeiterführers, erhielt die Saargebietsbevölkerung innerhalb der Regierungskommission einen Vertreter ihrer Interessen und Wünsche. Er mußte aber bei dem Ueberwiegen der französisch orientierten Mitglieder in allen Fragen einflußlos bleiben, wo sich französische und saardeutsche Interessen entgegenstanden. Dieses Verhältnis änderte sich auch nicht, nachdem der Pseudodäne Huitfeldt, ein bekannter Pariser Rennstallbesitzer und Lebemann, durch den Tschechen Dr. Becenski, bisher Mitglied des sogenannten Obersten Gerichts des Saargebiets in Saarlouis, ersetzt wurde.

Angeichts dieser Zusammensetzung der Regierungskommission des Saargebiets in Verbindung mit der wirtschaftlichen und politischen Machtposition der französischen Grubenverwaltung im Saargebiet, konnte es nicht überraschen, daß die Saargebietsbevölkerung durch ihre politischen und wirtschaftlichen Organe einen ergebnislosen Kampf gegen die Nichtberücksichtigung ihrer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen führen mußte. Allein dem völligen Versagen der Saarregierung ist die heutige wirtschaftliche Notlage des Saargebiets zuzuschreiben. Die Einführung der Frankenwährung entgegen den vertraglichen Bestimmungen, die einseitige Bevorzugung der französischen Wirtschaft im Saargebiet, die Steuervergünstigungen des französischen Saargrubenfiskus auf Kosten der Saarbevölkerung, die Abtrennung des gesamten Sozialversicherungswesens des Saargebiets vom übrigen Reich, die autokratische Verwaltung und Verwendung der Steuereingänge durch die Saarregierung, die unmoralische Ausnützung der wirtschaftlichen Uebermacht der französischen Saargruben im Saargebiet, die Beibehaltung einer französischen Saarbesatzung



(Nekt Bahnschutztruppe genannt) und vieles andere, sind einige Richtpunkte, die die vollständige französische Beeinflussung der Verwaltungstätigkeit der Saarregierung kennzeichnen.

Der Völkerbundsrat wird sich in seiner Märztagung mit der Nachfolgerschaft Lamberts zu befassen haben. Aus seiner Entscheidung wird man entnehmen können, ob er die bisherigen unhaltbaren Zustände aufrechterhalten sehen, oder ob er eine Aenderung herbeiführen will. Die

Saargebietsbevölkerung fordert übereinstimmend eine Entscheidung, die unter allen Umständen die frankophile Mehrheit in der Saarregierung beseitigt. Sollen die übrigen vier Saarregierungsmitglieder ihre Mandate behalten, dann darf nur eine wirklich neutrale Persönlichkeit als Nachfolger Lamberts in Frage kommen.

## Fink Nr. 2.

Im Sommer 1920 wurde bekanntlich am Vortage der Stadtverordnetenwahlen in Saarbrücken ein Flugblatt verbreitet, in welchem u. a. behauptet wurde, aus einer Eingabe der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ an eine Reihe von Reichsstellen ginge hervor, daß verschiedene Zeitungen des Saargebiets geldliche Unterstützungen in größerem Umfange bzw. einen kostenlosen Nachrichten- oder Materialdienst erhielten und völlig unter dem Einfluß des deutschen Heimdienstes stünden. Die damaligen Veröffentlichungen konnten umgehend als verleumderisches Nachwort des französischen Agenten Fink entlarvt werden, der es verstanden hatte, unter Erfindung einer phantasiereichen Fluchterzählung sich in verschiedene Berliner Stellen einzuschleichen. Die Feststellungen, die er dort auftragsmäßig machen sollte, waren aber so negativer Art, daß er sich, um einen angemessenen Judaslohn zu beziehen, entschloß, das oben erwähnte Schreiben der Geschäftsstelle Saar-Verein zu erfinden und es seinem Auftraggeber Richert zu verkaufen. Fink verschwand bald, nachdem man ihm auf der Dillinger Hütte einen Unterschlupf besorgt hatte, in der Verfertigung, weil der französische Spionagedienst selbst bald herausgekriegt hatte, daß Fink nicht nur kein politischer Agent, sondern ein gemeiner Schwindler und — Dummkopf war.

In letzter Zeit machen sich französische Propagandabestrebungen im Saargebiet von Lothringen aus bemerkbar; wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen und auch hervorgehoben, daß man diese Dinge nicht allzu ernst zu nehmen brauche, sie aber auch nicht völlig ignorieren dürfe. Man muß sie jedenfalls weiterhin beobachten. Allerjüngstens rührt sich aber eine französische Propagandastelle in Genf, die sich auch der Saarfrage zu bemächtigen versucht. Sie nennt sich „Genf-Korrespondenz für Frieden und Verständigung“. Als Herausgeber zeichnet ein gewisser Karl Mertens! Es handelt sich um den gleichen Mertens, der mit den Veröffentlichungen der „Menschheit“ über die deutsche Reichswehr, über „Schwarze Reichswehr“ usw., wiederholt genannt worden ist und den der deutsche Außenminister Dr. Stresemann gut deutsch als Lump und Gefindel bezeichnet hat. Sich mit einem solchen Subjekt näher zu befassen, sollte eigentlich nur Sache von Kerkermeistern sein. Uns will es aber scheinen, als ob uns dieser Jüngling auch in unserer Saarvereinsarbeit schon begegnet wäre. Erinnern wir uns recht, so tauchte dieser vor Jahren in verschiedenen Berliner Stellen auf, um seine „guten Dienste für die deutsche Sache im Rheinland und im Saargebiet“ anzubieten. Auch er hat zu schnüffeln versucht, mußte aber seine Tätigkeit mit unruhlichem Abschluß und völlig negativem Erfolg aufgeben. Er verschwand dann spurlos, moralisch vollkommen zerrüttet, wegen nicht gerade geschmackvoller Affären zivil- und wohl auch strafrechtlich mehrfach verfolgt. Wir wissen nicht, ob dieser Genfer Mertens identisch ist mit jenem Schnüffler, für den Richert und Genossen vergeblich ihre Spitzelgelder aufwandten.

Da dieser Genfer Mertens, nachdem er durch seine Veröffentlichungen in der „Menschheit“ zu unwürdiger Berühmtheit gelangt ist, sich auch mit der „reichsoffiziösen Politik im Saargebiet“ beschäftigt und sich als „Saardeutscher, der die Verhältnisse in seiner Heimat sehr gut kennt“, ausgibt, so ist es vielleicht auch für seine französischen Auftraggeber nicht ohne Interesse zu erfahren, daß sie sich einen zweiten Fink großgepäppelt haben. Wir würden es an sich nicht bedauern, wenn die französischen Geldgeber sich diesen Mann etwas kosten ließen, da wir uns schon heute des Augenblicks freuen, wo sie erkennen müssen, daß sie ihr Geld einem abgefeimten Schwindler und Lumpen zugewendet haben. Denn eines schönen Tages werden sie wie im Falle Fink feststellen müssen, daß er sie mit seinen „Dokumenten“ gründlich betrogen hat. Sie werden es zwar heute noch nicht glauben, werden es besonders nicht glauben, wenn von deutscher Seite erklärt wird, daß die „Riesensummen aus den Kassen des Reichsinnen- und Reichs-

außenministeriums“ nur in der Phantasie eines Mertens oder besser in den „gefälschten Dokumenten“ dieses Biedermannes vorhanden sind.

Wir brauchen uns nicht mit den einzelnen Angaben zu beschäftigen, die in seiner Veröffentlichung über die Saarpolitik enthalten sind, da uns die Unterlagen hierzu nicht restlos zur Verfügung stehen. Nur die Dinge, die uns bekannt sind, sollen hier erwähnt sein, da sie Rückschlüsse auf die übrigen Angaben zulassen. Mertens schreibt u. a.:

Es ist eine Tatsache, daß in der Zeit des „Locarnogelstes“ die Westabteilung des Auswärtigen Amtes die nationalpolitische Saarpolitik kommandiert, indem sie in regelmäßigen Zeitabständen Pressekonferenzen abhält und den leitenden Redakteuren programmatische Richtlinien gibt und indem sie bei von Zeit zu Zeit stattfindenden Sonderkampagnen die Redaktionen mit Angriffsmaterial gegen Frankreich freigiebig versorgt. Ich halte es für ausgeschlossen, daß der deutsche Reichsaussenminister hier von nicht unterrichtet ist, zumal es sich bei den Subventionen um außerordentlich hohe Summen handelt.

Dies ist nur ein kleiner Abschnitt aus dem Saarspiel hinter den Kulissen. Schon die Dinge, die sich in vollster Öffentlichkeit abspielen, enthüllen das Saargeheimnis:

Da erscheint in Berlin eine Wochenschrift, die sich „Saarfreund“ nennt und unter der Leitung eines ehemaligen Stahlhelmmannes Vogel, früherer preußischer Grubenarbeiter, steht. Dieser seltsame „Saarfreund“ treibt im ganzen Reich und darüber hinaus kein Unwesen. Alles, was er an Heilmaterial in bezug auf die Saarfragen erreichen kann, verwertet er nicht nur gegen Frankreich, sondern auch gegen die ehrliche deutsche Erfüllungspolitik und ihre Vertreter in- und außerhalb des Saargebietes. Das Blatt wird in Tausenden von Exemplaren an alle möglichen und unmöglichen Behörden und Personen verschickt. Zu diesem Unternehmen gehört der „Bund der Saarvereine“, wieder unter Leitung Vogels, dessen nationalpolitische Propaganda ebenfalls Riesensummen des deutschen Steuerzahlers verpulvert. Auch hier hilft das Reich in großzügiger Weise. Die hohen Gehälter und Spesen des „Saarfreundes“, seinen Stab von Agenten und Mitarbeitern, die Organisationskosten, Repräsentationsgelder usw. zahlt die freigiebige Reichsregierung. Das deutsche Außenministerium an der Spitze!

Beginnen wir mit den letzten Behauptungen zuerst! Da Mertens in der Aufschliebung von Geldquellen zu Propagandazwecken einige Übung zu besitzen scheint, so wären wir ihm aufrichtig dankbar, wenn er uns auf deutscher Seite jene Stellen so ganz unter der Hand mitteilen würde, die in freigiebigster Weise hohe Gehälter und Spesen für den „Saarfreund“ zahlt und die Aufstellung eines Stabes von Agenten und Mitarbeitern möglich machte. Bisher ist es dem Saarverein leider nicht möglich gewesen, diese freigiebigen Stellen ausfindig zu machen. Uebrigens wird es Herrn Mertens keine Neuigkeit sein, da er ja seine Agenten auch in vertrauliche Konferenzen zu schmuggeln in der Lage sein soll. Dort werden diese zur Kenntnis genommen und Herrn Mertens zur Kenntnis gegeben haben, daß in allen diesen Konferenzen bitter darüber geklagt worden ist, daß sich die in Frage kommenden Regierungsstellen so zugedöppelt wie möglich verhalten. Es wird ihm dabei auch bekannt geworden sein, daß für den „Saarfreund“ Gehälter überhaupt nicht gezahlt werden, da die Redaktion von einem ausgewiesenen Saarredakteur ehrenamtlich ausgeübt wird. Wenn es dem Saar-Verein und dem „Saarfreund“ bisher möglich war, ihre aufklärende Tätigkeit auszuüben, dann verdanken sie das den Mitgliedern des Bundes und der privaten Beitragsleistung. Für Mertens mögen das unbegreifliche Dinge sein, weil seine Quellen alle aus einer zentralen Stelle gespült werden. Und was Mertens über Repräsentations-



gelber, Bekarbeit Bogels und Ähnliches sagt, sind Phrasen, die letzten Endes einen sehr schlechten Journalisten verraten, mit beweiskräftigen Unterlagen haben diese nichts zu tun. Nehmen wir nur diese wenigen Behauptungen Mertens zur Grundlage der Beurteilung seiner übrigen, dann stellt sich sein ganzes Machwerk als leichtfertige, oder richtiger böswillige Erfindung dar. Besonders treffend sind die Behauptungen Mertens über die Tätigkeit des Auswärtigen Amtes über regelmäßige Pressekonferenzen, Versorgung der Redaktionen mit Angriffsmaterial gegen Frankreich usw. durch die „Saarbrücker Landeszeitung“ kommentiert worden, wenn sie u. a. sagt:

„Wie wenig der angebliche „Saardeutsche“ das „Saarspiel hinter den Kulissen“ gesehen hat, geht aber vor allem auch daraus hervor, daß er ausgerechnet das deutsche Außenministerium für die politische Haltung der Saarpresse verantwortlich macht. Da tut er den hohen Herren in Berlin aber wirklich bitter Unrecht. Mit mehr Recht würde er die französische Regierung verantwortlich machen. Sicher wäre es allein schon zur richtigen tatsächlichen Behandlung gewisser Fragen in der saar-deutschen Presse nützlich, wenn in regelmäßigen Zeitabständen Pressekonferenzen stattfänden oder doch wenigstens den leitenden Redakteuren programmatische Richtlinien gegeben würden. Leider geschieht weder das eine noch das andere, und bis zum heutigen Tage hat noch nicht ein einziges Mal eine derartige Pressekonferenz oder Richtlinienabgabe seitens des Auswärtigen Amtes und seiner Westabteilung stattgefunden. Das mag für einen Franzosen, dessen Regierung die Kunst des Spielens des Presseapparates in so meisterhafter Weise versteht, unglaublich scheinen — uns deutschen Journalisten ist es nicht weniger verwundlich — ist darum aber doch lauterste und wortwörtliche Wahrheit. Bisher hat nur die Saarregierung unter ihrem Präsidenten Wiltton versucht, mit der Saarpresse Konferenzen abzuhalten, ohne damit allerdings bei uns auf allzu große Gegenliebe zu stoßen. Im übrigen sind wir deutschen Journalisten an der Saar stolz darauf, von dem französischen Propagandaorgan bescheinigt zu erhalten, daß wir unsere Sache so gut gemacht haben, als wenn wir dabei die Unterstützung unseres Auswärtigen Amtes gehabt hätten. Das Auswärtige Amt versorgt die saarländischen Redaktionen nicht mit Angriffsmaterial. Wenn wir darauf hätten warten müssen, dann wäre wahrhaftig noch kein einziger von all den saarländischen Regierungskommissionsstandalen an das Licht der Öffentlichkeit gekommen. Der bekannte günstige Wind weht ausnahmslos aus Westen und alle die dunklen Ehrenmänner, die hier an der Saar in französischem Solde sich betätigen, sind sämtlich auch für einen deutschen Reichsmarthaubendruck sehr empfänglich.“

Was hier in der „Saarbrücker Landeszeitung“ über die pressopolitische Tätigkeit usw. des Auswärtigen Amtes gesagt worden ist, müssen wir bestätigen. Man möge es uns dort nicht verübeln, wenn wir uns den in den Bemerkungen des Saarbrücker Blattes enthaltenen leisen Vorwürfen über eine ungenügende pressopolitische Unterstützung im Kampf um das Saargebiet anschließen. Wenn man sich in einer Abteilung des Auswärtigen Amtes gegen die Presse abschließt, dann ist es die Westabteilung. Herr Mertens hat also ganz willkürlich die ihm bekannten französischen Verhältnisse auf die deutschen einfach übertragen. Man sieht daraus, daß die Franzosen mit Herrn Mertens einen ebenso schlechten Griff gemacht haben, wie mit Fink. Mertens ist somit nicht nur ein schlechter Journalist und ungeeigneter Agent, sondern außerdem noch ein politischer Dummkopf. Man kann aus seiner Veröffentlichung, die sich gegen Deutschland richten soll, auf Grund seiner einzelnen Angaben sich leicht ein Bild von der Organisation und Arbeit des französischen Propagandadienstes machen. Was er den deutschen Stellen an unterstützender, fördernder und anregender Tätigkeit nachsagt, und was nachweislich unwahr, sogar unmöglich ist, hat er sich aus dem französischen Vorbild leichtfertig zusammengereimt.

Und daraus ergibt sich eine weitere Folgerung, die nämlich, daß seine ganzen niederträchtigen Verleumdungen gegen Deutschland in ähnlicher Weise zustande gekommen sind. Bedauerlich ist dabei nur das eine, daß diese verleumderischen Behauptungen Mertens und Genossen tatsächlich den Anlaß zu recht schwierigen diplomatischen Auseinandersetzungen gegeben haben. Darin liegt die Gemeinheit des Handelns dieser Leute. Wenn sich Frankreich die Arbeit dieser Leute etwas kosten läßt, dann ist das seine eigene Sache. Wenn man aber diese Summen aufwendet in der Erkenntnis, daß man bestimmte Agenten zur Herbeischaffung erwünschten Materials und selbst, wenn es gefällig ist, veranlaßt, dann verbirgt sich dahinter eine Politik, die nicht ehrlich genannt werden kann und von der man die von ganz Europa erwartete endliche und dauernde Befriedung kaum wird erwarten können.

Insofern hat die Veröffentlichung Mertens auch ihre günstigen Wirkungen gehabt. Wir sind überzeugt, daß auch im Saargebiet mancher durch die Veröffentlichungen in der „Menschheit“ zu der Auffassung gekommen ist, daß offenbar in Deutschland doch recht dunkle Dinge sich zutragen müssen. Was Mertens über „Die reichspolitische Politik im Saargebiet“ gesagt hat, ist von so vielen Kreisen des Saargebiets nachzuprüfen und als erfundene Mache festzustellen, daß man ziemlich allgemein zu der Ueberzeugung gekommen sein wird: Mertens ist nicht nur ein Lump, er ist auch ein sehr schlechter Märchenfinder.

## Belegschaftsabbau auf den Saargruben.

Die unvernünftige Absatzpolitik der französischen Saargrubenverwaltung hat dazu geführt, daß die Absatzmöglichkeiten für Saarkohlen sich immer mehr verringert haben. Tatsache ist, daß bei einer monatlichen Gesamtförderung von rund 1 200 000 Tonnen im Saargebiet selbst rund 380 000 Tonnen verbraucht werden, während in Frankreich einschließlich Elsaß-Lothringen nur rund 330 000 Tonnen abgesetzt werden. Nachdem die lothringischen Kohlenzechen ihre Förderung gegen 1914 rund verdoppelt haben und auf weitere Förderungssteigerung hinarbeiten, ist Frankreich bei der bekannten gesteigerten Förderung der innerfranzösischen Kohlengruben auf die Saarkohlen kaum noch angewiesen. Es kommt hinzu, daß bei der Frachtlage des Saargebiets zum innerfranzösischen Kohlenmarkt und bei den geringeren Löhnen, die auf den französischen Gruben gezahlt werden, die Saarkohle trotz der Frachtvergünstigungen, die sie auf den Saarbahnen genießen, verhältnismäßig teuer sind. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Kohlenpreispolitik der Saargrubenverwaltung nicht dazu angetan ist, für die Saarkohle neue Absatzmärkte zu gewinnen. Daher kommt es wohl auch, daß nach dem übrigen Deutschland monatlich nur rund 85 000 Tonnen Saarkohle ausgeführt werden, da die früheren Absatzgebiete für die Saarkohle, Süddeutschland, ihren Kohlenbedarf im Ruhrgebiet decken, den Saargruben also verlorengegangen sind. Im übrigen werden monatlich im Durchschnitt abgenommen von Italien 37 000 Tonnen, von der Schweiz 32 000 Tonnen, von Belgien 20 000 Tonnen, von Oesterreich 11 000 Tonnen und von

Luxemburg 5000 Tonnen Saarkohle. Zur Verkokung kommen monatlich rund 100 000 Tonnen Saarkohle, so daß nach dem jetzigen Stand des Saarkohlenverbrauchs und Absatzes nur durchschnittlich monatlich 1 Million Tonnen Saarkohle zur Verwertung kommen. Die monatliche Förderung dagegen beträgt wie oben erwähnt, rund 1 200 000 Tonnen, so daß insgesamt rund 200 000 Tonnen auf die Halden geschüttet werden müßten.

Die französische Saargrubenverwaltung hat dieser lauffähig unhaltbaren Lage dadurch zu steuern versucht, daß sie im vergangenen Jahre nicht weniger als 26 Feierschichten verfahren ließ, was einem Lohnausfall für die Bergarbeiterschaft in der Höhe eines vollen Monatslohnes entspricht. Bei den bekannten niedrigen Löhnen der Saarbergleute hat dieser weitere Lohnausfall eine Lage geschaffen, die kaum länger zu ertragen ist. Eine allgemeine Verarmung und Verelendung der Arbeiterschaft ist die unmittelbare Folge. Es ist denn auch kein Wunder, daß im Laufe des letzten halben Jahres ein großer Teil des bergmännischen Nachwuchses aus dem Saargebiet ausgewandert ist und anderwärts Arbeit genommen hat.

Die Saargrubenverwaltung glaubt nun einen weiteren Schritt gehen zu müssen, um dieser unhaltbaren Lage abzuweichen. Sie hatte für Ausgang des vergangenen Monats die Vertreter der Saarbergarbeiterorganisationen zu Besprechungen eingeladen, um sie mit den Verhältnissen auf den Saargruben bekanntzumachen. Der Direktor Massing erklärte ihnen, daß alle Be-



mähungen, einen besseren Absatz für die Saarkohle zu erzielen, ergebnislos geblieben seien, so daß nichts anderes übrig bleibt, als die Feierschichten beizubehalten oder aber weitgehende Entlassungen vorzunehmen. Der Verwaltungsrat der Saargruben hätte sich dahin entschieden, Ende Februar rund 5000 Mann Belegschaft zu entlassen. Er versicherte, daß in der Hauptsache die Uebertagearbeiter von der Entlassung betroffen werden sollten, die außerhalb des Saargebiets wohnen, ferner solche, die während der letzten drei Jahre als nichtgelernte Bergarbeiter auf den Saargruben angelegt wurden.

Die Vertreter der Organisationen, die zur Stellungnahme zu diesen Maßnahmen aufgefordert wurden, waren selbstverständlich nicht in der Lage, sich bereits abschließend zu äußern. Immerhin aber erklärten sie, daß sie sich mit den vorgeschlagenen Maßnahmen nicht einverstanden erklären könnten, da nach ihrer Auffassung auch andere Möglichkeiten zur Behebung der Schwierigkeiten vorhanden wären. Eine Einigung konnte jedenfalls nicht erzielt werden.

Inzwischen haben sich die Gewerkschaften des Saargebiets mit den politischen Parteien des Saarlandes und mit den Vertretern der Saarwirtschaft in Verbindung gesetzt, um möglichst ein einheitliches Vorgehen in dieser für das Saargebiet außerordentlich bedeutsamen Frage herbeizuführen. Die politischen Parteien erklärten sich denn auch bereit, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um den drohenden Belegschaftsabbau zu verhindern. Uebereinstimmend war man der Auffassung, daß eine Möglichkeit zur Milderung der Absatzschwierigkeiten für Saarkohle darin besteht, daß das Deutsche Reich sich zur regelmäßigen Abnahme einer größeren Menge Saarkohle bereit erklärt. Sämtliche Parteien haben daher in dringlichen Telegrammen an den Reichskanzler, an den Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft und an die einzelnen Reichstagsparteien für umgehende Beseitigung der Gefahren weitgehender Belegschaftsverminderung durch Abnahme größerer Mengen Saarkohle ersucht. Ähnliche Telegramme wurden von den Gewerkschaften des Saargebiets an den Reichskanzler gerichtet. Die Sozialdemokratische Partei des Saargebiets hat außerdem den Reichskanzler telegraphisch um sofortige Einberufung des Saarausschusses ersucht, während die saarländische Zentrums- und die Reichstagsfraktion des Zentrums darauf hinweist, daß unter der Absatzkrise die ganze Bevölkerung des Saargebiets zu leiden habe.

Ferner haben sich Vertreter der Bergarbeiter- und Grubenmetallarbeitergewerkschaften sowie der saarländischen Wirtschaft nach Berlin begeben, um mit den einzelnen Regierungsstellen und den parlamentarischen Instanzen die Möglichkeiten der Beseitigung der Saarbergarbeiterschaft und damit der gesamten Saarbevölkerung drohenden Gefahren zu besprechen. Am 31. Januar fand zunächst eine informatorische Besprechung in der Reichskanzlei statt, an der die in Frage kommenden Ministerialreferenten teilnahmen. Ferner fanden Besprechungen mit einzelnen Ministern und Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und der Reichsbahngesellschaft statt. Die Besprechungen dauerten bei Schluß der Redaktion zum Teil noch an, sie werden aber voraussichtlich ihren Abschluß am Freitag finden, an welchem Tage sich das Reichskabinett mit der Angelegenheit beschäftigt. Ueber die Stellungnahme des Kabinetts kann zurzeit noch nichts mitgeteilt werden, es scheint aber, daß man innerhalb der Saarregierung nicht abgeneigt ist, bestimmte Mengen von Saarkohlen für die Reichsbahn abzunehmen unter der Voraussetzung

1. daß seitens der französischen Bergwerksverwaltung ein annehmbares Preisangebot gemacht wird und
2. daß bei Abnahme größerer Quantitäten von Saarkohle durch das Reich keine Preiserhöhung für die im Saargebiet zur Verwendung kommende Saarkohle eintritt.

Die Deutsch-Saarländische Volkspartei hat sich auf ihrer ordentlichen Vertretertagung am 29. Januar gleichfalls mit der Angelegenheit befaßt und in einer einmütig angenommenen Entschließung zum Ausdruck gebracht, daß sich die Notlage der in den französischen Saargruben beschäftigten rund 70 000 Bergarbeiter angesichts der Haltung der Saargrubenverwaltung von Tag zu Tag verschlimmert. Gegen die angekündigte Entlassung von rund 5000 Bergleuten wurde schärfster Protest eingelegt und die Regierungskommission aufgefordert, der Verschlimmerung der Lage entgegenzuwirken. Sollte sie sich hierzu nicht in der Lage sehen, so müsse sie den Völkerbund um dringende Abhilfe ersuchen, um die gefährlichen Rückwirkungen, die sich aus der Zunahme der Arbeitslosigkeit für Handel und Gewerbe des Saargebiets er-

geben müßten, zu verhindern. Die Entschließung spricht sich gleichfalls dafür aus, daß die Deutsche Reichsbahn, die vor dem Kriege etwa 300 000 Tonnen Saarkohle monatlich abnahm, jetzt wenigstens 100 000 Tonnen abnimmt statt wie jetzt nur 4000 Tonnen.

Es entsteht die Frage, ob die Saarregierung in der Lage war, die katastrophale Zuspitzung auf den Saargruben zu verhindern. Die Bestimmungen des Saarstatuts geben ihr hierzu durchaus die Möglichkeit, da sie, wie es in § 19 des Status heißt, im Saarbecken alle Regierungsbefugnisse besitzt, die früher dem Deutschen Reich, Preußen und Bayern zustanden. Zudem ist der Regierungskommission vom Völkerbundsrat durch seine Instruktion vom Juni 1919 als Hauptaufgabe übertragen, für die Rechte und Wohlfahrt der Bevölkerung einzutreten. Leider muß immer wieder festgestellt werden, daß sich die Saarregierung der französischen Saargrubenverwaltung gegenüber immer machtlos (oder willenlos?) gezeigt hat. Nicht die Saarregierung bestimmte die Maßnahmen zur Verwaltung des Saargebiets, denen auch die Saargrubenverwaltung hätte unterworfen sein müssen, sondern der Saargrubenfiskus gestaltete die Verordnungen der Saarregierung so, wie er sie im Interesse einer rückichtslosen Ausbeutung von Gruben und Bevölkerung für zweckmäßig hielt. Diese Tatsache ist schon so oft festgestellt worden, ohne daß die Saarregierung in der Lage war, diese Feststellungen zu erschüttern.

Auch in dem jetzt zur Besprechung stehenden Fall des drohenden Abbaus der Belegschaft der Saargruben hat die Saarregierung die Dinge treiben lassen, ohne rechtzeitig mit der Saargrubenverwaltung in Verbindung zu treten, damit größere Störungen des wirtschaftlichen Lebens möglichst vermieden werden konnten. Der Saarregierung standen und stehen durch Anrufung des Völkerbundes Machtmittel zur Seite, die selbst dem französischen Saargrubenfiskus zum Bewußtsein bringen könnten, daß er im Völkerbundsland an der Saar auf die sozialen Gesichtspunkte unter allen Umständen Rücksicht zu nehmen habe.

Der Saarregierung stand ferner die Möglichkeit offen, durch Vermittlung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf die gefährdeten Interessen der Saarbergarbeiterschaft wahrnehmen zu lassen. Die Saarregierung hat weder das eine noch das andere getan, und das Internationale Arbeitsamt ist trotz seiner Kenntnis der sozialen und arbeitsrechtlichen Rückständigkeit und der damit verbundenen Notlage der Arbeiterschaft im Saargebiet um dieses immer schon vorsichtig herumgegangen.

Wo jetzt die Not im Saargebiet wieder auf dem Höhepunkt angelangt ist, soll und wird das Reich wieder helfen. Wir sind davon überzeugt, daß es gern die Hilfe bietet, die ihm möglich ist. Immerhin sollte man sich im Völkerbund auch darüber einmal Gedanken machen, ob es sich mit den Völkerbundsgrundsätzen in Uebereinstimmung bringen läßt, daß das ausgepowerte Deutschland immer wieder für das Saargebiet einzuspringen hat, wenn die Völkerbundsverwaltung versagt, während Frankreich, das der Urheber der ganzen katastrophalen Wirtschaftsentwicklung im Saargebiet ist, nur bereit ist, das Saargebiet bis zum Weißbluten auszubeuten. Alle die schönen Reden, die man so oft auf internationalen Tagungen in Genf gerade von französischer Seite über soziale und demokratische Ideen zu hören bekommt, wirken mit der Zeit widerlich, wenn man die Praxis französischer Völkerbundsarbeit sieht.

## Die drohende Belegschaftsverminderung auf den Saargruben im Reichstag.

Gelegentlich der Aussprache über den Etat des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete kam der Redner des Zentrums, Abg. Hofmann-Ludwigshafen, auch auf die Frage des drohenden Abbaus von rund 5000 Mann Saarbergleuten zu sprechen. Er erklärte hierzu u. a.: Wir stehen hier vor einer Katastrophe. Die Grubenverwaltung des Saargebiets hat erklärt, bis Ende Februar würden weitere 4000 bis 5000 Bergarbeiter zu entlassen, und zwar zunächst jene, die ihren Wohnsitz nicht im Saargebiet haben, d. h. jene, die im Grenzgebiet als sogenannte Saargänger leben. Wir haben uns mit dieser Frage seit langer Zeit beschäftigt. Im vorigen Jahre glaubte die Reichsregierung im Einvernehmen mit der preussischen und bayerischen Regierung einen Abbau der Saargängerunterstützung und der Freifahrt durchzuführen zu können. Diese Annahme hat sich als trügerisch



erwiesen. Ich stelle nochmals fest, daß damals der Ausschuß für die besetzten Gebiete besser unterrichtet war als die Reichsregierung, so daß sich die Reichsregierung unter dem Zwang der Verhältnisse genötigt sah, das etwa wieder gut zu machen, was durch den Beschluß des vollständigen Abbaus schon verdorben war.

Wer wie ich Gelegenheit gehabt hat, sich in diesem Grenzgebiet und im Saargebiet längere Zeit aufzuhalten, der wird nicht im Zweifel darüber sein, daß es wenige Gebiete im deutschen Vaterland gibt, auf denen die Not in so furchtbarer Weise lastet. Ich hätte den Wunsch, es möchten einmal Mitglieder der Reichsregierung und des Parlaments in diese Bergarbeiterdörfer gehen, um diese unterernährten, armen und bleichen Kinder und Frauen zu sehen. Diese Gesichter sprechen eine geradezu herzerregende Sprache. Ich meine, keine Regierung und kein Parlament kann sich dagegen sträuben, wenn es sich darum handelt, diesen armen Saargängern aus sozialen und nationalen Gründen zu helfen. Im verflossenen Jahre sind von den Saarbergwerken über 6000 Arbeiter entlassen worden. Die Löhne sind gekürzt worden. 25 Feiertagslöhnen hatten die Bergleute im verflossenen Jahre, das heißt ein ganzer Monat ist ihnen ausgefallen und nun wird erklärt: weitere 5000 Bergleute werden Ende Februar erwerbs- und brotlos.

In dieser Not haben sich die Organisationen der Arbeiterschaft an Reichsregierung und Reichsparlament gewandt. Sie glauben, der Erwerbslosigkeit und den Feiertagslöhnen steuern zu können, wenn das Reich bzw. die Reichsbahn größere Mengen von Saarkohle bezieht. Bis jetzt waren das monatlich 90 000 Tonnen, die Saarbergleute glauben, daß bei einem monatlichen Mehrbezug von 125 000 Tonnen diese katastrophale Entwicklung abgewendet wird. Ich glaube, es wäre die beste Hilfe, die man den Saarbergarbeitern und damit auch den Saargängern bringen würde,

wenn die Reichsregierung auf die Reichsbahnverwaltung einwirken würde, eine solche Abnahme zu tätigen. Ich bin mir darüber klar, daß eine Mehrabnahme vom Saargebiet eine Minusabnahme vom Ruhrgebiet bedeutet und daß bei einer Lösung der Frage in diesem Sinne die Ruhrbergleute beunruhigt werden. Ich will deshalb die Frage nicht übers Knie brechen. Ich habe in einer Ihnen vorgelegten Entschließung zum Ausdruck gebracht, daß durch gründliche Behandlung die Möglichkeit der angegebenen Lösung geprüft wird.

Die Franzosen haben bis jetzt 335 000 Tonnen monatlich aus dem Saargebiet herausgeholt. Sie haben im verflossenen Jahr ungefähr 600 000 Tonnen auf die Halbe gelegt. Es kann angenommen werden, daß es bewußte französische Politik ist, Saarkohle zurückzulegen, Saarkohle nicht in größeren Mengen abzunehmen — denn der Franzose kauft auch noch Kohle von England — um einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben, Saargänger in größerem Maße zu unterstützen, damit die französische Grubenverwaltung die Löhne mehr drücken kann. Von dieser Absicht sind wir überzeugt. Aber das Interesse dieser armen geplagten Deutschen gebietet es doch, der Frage mit Wohlwollen und Hilfsbereitschaft zu begegnen.

Zum Schluß begründete Abg. Hofmann-Ludwigshafen eine Entschließung, wonach Saargänger, die erwerbslos werden, so behandelt werden sollen, als hätten sie in Deutschland im besetzten Gebiet unter deutschen Arbeitgebern gearbeitet. Die Frage hat ihre Schwierigkeit, da die Saargänger unter ausländischen Arbeitgebern stehen. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Reichsregierung trotz der formellen Bedenken sich diese Entschließung zu eigen machen werde.

## Die Hauptmerkmale der Saarkohle.

Von Bergrat Willert in Hannover.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebietes beruht in erster Linie auf seinem Steinkohlenbergbau. Dieser geht in der Hauptsache in einem Gebietsdreieck um, dessen Eckpunkte durch die Städte Saarbrücken, Saarlouis, Neunkirchen gekennzeichnet sind. Hier treten in einer etwa 3500 Meter mächtigen Folge von Sandsteinen und Ton-schiefern rund 400 übereinander liegende Steinkohlenflöze auf, deren Mächtigkeit sich zwischen wenigen Zentimetern und 5 Metern bewegt, und die hinsichtlich der Reinheit der Kohle starken Schwankungen unterliegen. Bauwürdig sind von den zahlreichen Steinkohlenflözen des Saargebietes nur etwa 40, die aufeinander gelegt eine Gesamtkohlenmächtigkeit von durchschnittlich 50 Metern ergeben. Daraus errechnet sich für das gesamte Saargebiet nach Abzug der bereits abgebauten Flözesteile eine noch gewinnbare Gesamtkohlenmenge von rund 10 Milliarden Tonnen. Von diesem gewaltigen Kohlenvorrat kann man sich am ehesten eine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß die jährliche Steinkohlenförderung der gesamten Erde sich auf rund 1,35 Milliarden bezieht.

Bei der großen Rolle, die die Steinkohle im Wirtschaftsleben des Saargebietes spielt, dürfte eine kurze Behandlung ihrer Hauptmerkmale vielen Lesern des „Saarfreundes“ nicht unwillkommen sein.

Nimmt man ein größeres Stück Saarkohle in die Hand, so erkennt man bei einiger Aufmerksamkeit ohne weiteres, daß es sich aus einzelnen Streifen verschiedener Kohlenarten zusammensetzt. Die Saarkohle wird daher in der Wissenschaft als Streifenkohle bezeichnet. Die die Streifen bildenden Kohlenarten lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen, nämlich in Glanzkohle, Mattkohle und Faserkohle.

Die Glanzkohle ist durch lebhaften Glanz, tiefschwarze Farbe und große Sprödigkeit ausgezeichnet und hat den weitaus größten Anteil am Aufbau der Kohlenflöze. Sie wird von senkrechten, in zwei Richtungen rechtwinklig zueinander verlaufenden Schnittflächen, den sog. Schlechten, durchzogen, die beim Abbau der Flöze einen weitgehenden Zerfall der Steinkohle in größere und kleinere Stücke bewirken. Auf den Schlechten findet man fast stets dünne Blättchen von Kalkspat und Dolomit, die für die Saarkohle außerordentlich bezeichnend sind. Zuweilen sind diese stets leicht mit einem Messer abzuhelenden Blättchen derart dünn, daß die Kohle in bunten Farben spielt.

Im Gegensatz zur Glanzkohle, die in Streifen von erheblicher Dicke auftreten kann, bildet die Mattkohle stets nur dünne

Zwischenlagen. Sie ist grau bis samtischwarz, wenig oder gar nicht glänzend und recht hart. Stellenweise geht sie in die unter dem Namen Kennelkohle bekannte, ebenholzfarbige und politurfähige Spielart über, die von den Bergleuten gern zu Briefbeschwerern und Ziergegenständen aller Art verarbeitet wird.

Die Faserkohle tritt nur in ganz untergeordneten Mengen auf und erreicht selten eine Lagenstärke von mehr als 1 Meter. Sie ist grau, samtischwarz bis grau, abfärbend und erinnert in ihrem Aussehen stark an Holzkohle. Nach den weichen Faserkohlen-schichten bricht die Saarkohle stets auseinander. Für das bekannte starke Rufen der Saarkohle ist die Faserkohle wesentlich mit verantwortlich. Manchmal kann man in ihr schon mit bloßem Auge wirt durcheinander liegende, längsgestreifte, verkohlte Holzsplitter erkennen, die sich bei näherer Untersuchung als Reste „vorweltlicher“ Schachtelhalme ergeben. Diese Erscheinung ist deshalb besonders bemerkenswert, weil die Saarkohle ihre Bildung aus dem Holze einstiger Wälder sonst erst bei eingehenden wissenschaftlichen Untersuchungsmethoden verrät.

Der Bergmann faßt die Saarkohlenflöze in vier Flözzüge zusammen. Es sind in der Richtung von unten nach oben, oder, wie der Bergmann sich ausdrückt, vom Liegenden zum Hangenden, die Fettkohlengruppe, die untere Flammkohlengruppe, die obere Flammkohlengruppe und die Magerkohlengruppe. Die die Belange des Kohlenverbrauchers betreffenden Hauptmerkmale dieser vier verschiedenen Kohlenarten sind aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlich.

Kohlenart	Ungefährer Wasser-gehalt %	Ungefährer Aschen-gehalt Luft-trockener Kohle %	Ungef. Gas- aus- bringen auf 100 kg Luft-trock. Kohle cbm	Ungef. Kohlen- stoff- gehalt bezogen auf			Ungefähre Heizwärme für 1 kg
				wasser- u. aschenfreie Kohle			
				100	100	100	
Magerkohle . . .	6	9	23	77	62		7600
Obere Flammkohle	5	7	24	78	62		7800
Untere Flammkohle	4	6	26	80	65		8000
Fettkohle . . .	2	5	27	83	66		8400



Aus der Tabelle folgt, daß der Kohlenstoffgehalt, das bei einer Erhitzung der Kohle unter Luftabschluß erzielte Koks- und Gasausbringen und der nach Kalorien bemessene Heizwert von den tiefsten zu den höchstliegenden Flözen oder, mit anderen Worten, entsprechend dem geologischen Alter der Flöze fast gleichmäßig abnehmen.

Einen für hüttenmännische Zwecke brauchbaren Koks liefern nur die Fettkohlen, weshalb sie allein den Kokereien zugeführt werden. Dieser Koks steht an Güte den besseren Erzeugnissen Westfalens und Englands allerdings etwas nach, was auf den verhältnismäßig hohen Gasgehalt der Saarbrücker Fettkohle zurückzuführen ist. Der Koks, der bei der Vergasung der Fett- und Flammkohlen in den Gasanstalten fällt, ist dem sonstigen Gaskoks im allgemeinen gleichwertig und findet hauptsächlich als Brennstoff für Zentralheizungen Verwendung.

Beim bergmännischen Abbau der Saarkohlenflöze macht sich fast durchweg eine starke Ausströmung von Grubengas bemerkbar, das, wenn es nicht schnellig aus den Gruben ins Freie geführt wird, leicht zur Bildung der gefährlichen Schlagenden Wetter Veranlassung geben kann. Die in 24 Stunden aus den Schächten des Saargebietes ausziehende Grubengasmenge beziffert sich auf rund 850 000 Kubikmeter. Zum Vergleich sei angegeben, daß sämtliche deutschen Gasanstalten knapp 8 Millionen Kubikmeter Leuchtgas täglich erzeugen.

Da das Grubengas einen der wesentlichsten Bestandteile des Leuchtgases bildet, ist es ein alter Gedanke, die tagtäglich

im Saargebiet ungenutzt in die Atmosphäre ausströmenden Grubengasmengen der Volkswirtschaft nutzbar zu machen, doch hat man bisher eine befriedigende Lösung nicht finden können.

Sobald die Saarkohle dem festen Verband des Flözes entrissen ist, ist eine weitere Gasentwicklung unter gewöhnlichen Verhältnissen nicht mehr zu befürchten. Doch neigt die Saarkohle bei zu großen Schüttungshöhen zur Selbstentzündung.

Im Handel werden bei der Saarkohle nur die beiden Sorten Fettkohle und Flammkohle unterschieden. Die Magerkohle führt ihren Namen zu Unrecht. Sie ist eine echte Flammkohle, wie dem Kenner auch die vorstehende Tabelle zeigt. Im einzelnen werden in der Regel folgende Handelsorten unterschieden: Stückkohle, Förderkohle, Grieskohle und Waschprodukte. Letztere zerfallen in Würfel, Ruß I, Ruß II, Ruß III, Ruß IV, Rußgrieß und Feingrieß. Diese verschiedenen Handelsorten werden bei der Verarbeitung der aus den Kohlenschächten ans Tageslicht geförderten Fett- und Flammkohlen in den Siebereien und Wäschern der einzelnen Gruben gewonnen.

Die jährliche Gesamtsteinkohlenförderung des Saargebietes beträgt zurzeit rund 14 Millionen Tonnen bei einer Gesamtbelegschaft von etwa 71 000 Mann.

Außer den Steinkohlen birgt das Saargebiet noch eine Anzahl weiterer Bodenschätze. Wenngleich diese für das Wirtschaftsleben des Saargebietes auch nur von bescheidener Bedeutung sind, so dürfen sie trotzdem nicht außer acht gelassen werden. Ich will mich in einer späteren Plauderei auch über diese Bodenschätze äußern.

## Herr Cuneus im Saargebiet.

Im Saargebiet gab es jüngst so etwas wie eine kleine literarische Fehde gegen einen unter dem Pseudonym „Cuneus“ reisenden Schriftsteller, der für die „Frankfurter Zeitung“ „Briefe aus Deutschland“ verfaßt und zu diesem Zwecke auch einen Absteiger in das Saargebiet gemacht hat. Es war wohl gerade kein glücklicher Tag, der ihn bei seiner Ankunft auf dem Bahnhof in Saarbrücken begrüßte. Schon dieser „aus seiner Haut gefahrene Bahnhof“ stimmte Herrn Cuneus „mies“, wie man so zu sagen pflegt; dazu noch ein regenschwangerer Himmel und nieselnbes Wetter, das auch nicht gerade zur Erheiterung des Herrn Cuneus beitrug, was Wunder weiter, daß schließlich das Stimmungsbild unseres Schriftstellers den Reisenden über Saarbrücken in dem von ihm bedienten Blatte eine dementprechende düstere Färbung hatte.

Herr Cuneus erinnert mich lebhaft an den englischen Reisenden, der bei Regenwetter in Salzburg eintraf und gewissenhaft in seinem Reisebuch die meteorologische Tatsache, daß es regnete, vermerkte. Als ihn sein Weg nach fünf Jahren an einem Regentage wieder über Salzburg führte, stellte er fest, daß es in Salzburg „noch immer regnet!“ So ähnlich das Bild des Herrn Cuneus über Saarbrücken. Weil er an einem trüben Tage Saarbrücken betritt, ist die Stadt trübe und trübe, und die Bevölkerung schließlich auch. Man braucht aber das von Herrn Cuneus verzeichnete Bild nicht gerade tragisch zu nehmen, denn es gibt Gott sei Dank viele Deutsche im Reiche, die ein besseres und richtigeres Bild von unserer Saargeimat und ihrer Bevölkerung im Herzen und in der Erinnerung haben, das sie sich von der düsteren Schilderung eines reisenden Schriftstellers gewiß nicht trüben lassen werden.

Begreiflich aber, daß Herrn Cuneus schriftstellerischer Erguß hier im Lande nicht ohne ein widersprechendes Echo blieb. In der Lokalpresse wurde ihm nachgewiesen, daß sein Stimmungsummel in Saarbrücken nicht gerade die richtigen Bahnen eingehalten habe, um ein zutreffendes Bild zu gewinnen. Zahlreiche protestierende Zuschriften aus Saarbrücken und Neunkirchen, ihm wohl über seine Zeitung zugeleitet, belehrten Herrn Cuneus, daß er nicht gerade das Richtige getroffen habe, veranlaßten ihn aber, seine weiteren schriftlichen Niederschläge aus dem Saargebiet etwas polemisch zu gestalten. Stöße von solchen Zuschriften hatte er, wie er selbst sagt, aus dem Saargebiet erhalten. Diese Proteste tut indes unser Cuneus so recht von oben herab als aus einer „Fremdenverkehrsvereins-Perspektive“ stammend ab. Daß hier das Gefühl der Liebe zur engeren Heimat, die man nicht gern herabgesetzt sieht, die Triebfeder war, überleht der Herr Cuneus aus seiner „hochintellektuellen Perspektive“,

die ihn in der Glorie eigener Ueberheblichkeit erscheinen läßt. In dieser Ueberheblichkeit persifliert sich Herr Cuneus amüsanterweise selbst, denn in seinem Abschnitt über „Menschen im Saargebiet“ witzelt er über einen saarländischen Pazifisten, der „freudig die Lederbissen seiner Ironie kostet, mit der er es dem Gegner besonders gut gegeben zu haben vermeint“. Und Herr Cuneus? Spottet seiner selbst und weiß nicht viel! Für die Verfasser der Protestschriften aus dem Saargebiet bezeichnet er nämlich die Tatsache als sympathisch, daß der einzige Dichter, der im Saargebiet geboren ist, Frau Elisabeth Dill heiße, die in Dudweiler das Licht der Welt erblickt habe. Gewiß ein feiner Lederbissen plumper Ueberheblichkeit des Herrn Cuneus, der seine Widersacher etwas lächerlich zu machen versucht. Man merkt zu recht die gekränkte Leberwurst!

Wir nehmen, wie schon gesagt, das Saarbrücker Stimmungsbild nicht besonders tragisch, aber das, was Herr Cuneus in seinen weiteren Briefen über „Menschen im Saargebiet“ zu sagen weiß, erheischt doch eine nähere Betrachtung. Die durch die Proteste hervorgerufene vergällte Stimmung des Schriftstellers schwingt hier sichtlich erkennbar mit, wenn er boshaft bemerkt, daß es um die Intelligenz im Saargebiet doch nicht so schlimm bestellt sei, wie man es vielleicht aus dem Presseprotest gegen ihn oder aus den Wizen des Saarländers annehmen könnte. Gewiß, eine feine „Geistreichelei“, ein ironischer Lederbissen, mit dem Herr Cuneus etwas süffisant seine Leser auf Kosten der Saarbevölkerung zu amüsieren sucht. Aber nun die „Menschen im Saargebiet“, die vor Herrn Cuneus Augen Gnade finden? Es sind nicht viel, die er in seinen „Intellektuellen Spiegel“ einfängt. Die außergewöhnliche politische Spannung, in der die Saarländer leben, scheint Herrn Cuneus geeignet, „einige Intellekte“ für die aktuellen geistigen Fragen zu schärfen und ihnen jene segensreiche produktive Angst zu schenken, die eine hellhörige und hellfüchtige Wachsamkeit verleiht. Es ist die Angst des Abgeschlossenen, dessen Auge, um nicht zu erblinden, die düsteren Mauern durchleuchtet! So wörtlich zu lesen.

Aber es gibt, so fährt Herr Cuneus fort, nur ein paar solcher außerordentlichen Menschen im Saargebiet, die in einer fruchtbaren Auflehnung gegen das abschließende, einengende, besondere Schicksal ihrer Heimat ihre eigene private Verbundenheit mit — dem Schicksal des deutschen und europäischen Geistes betonen und erhalten. Herr Cuneus zeichnet uns auch diese Menschen — Gott schütze uns vor literarischer Lobhudelei — ziemlich kenntlich, denen er nachrühmt, daß sie enge persönliche Beziehungen zur deutschen Literatur erhalten, daß sie sich um Neuererscheinungen kümmern und literarische



**Zeitschriften** und, was besonders rühmend ist, die Bücher von Cuneus lesen. Was soll diese gespreizte Geistreichelei? Literarisch ernsthaft interessierte Menschen wird es wohl auch außerhalb des Saargebiets geben; sie sind daher als „Menschen im Saargebiet“ keine Besonderheit. Auch die Arbeiterfrau ist es nicht, die er auf einem stundenlangen Auswahlgange durch ein Kaufhaus begleitet und um die er eine feinmaschige Seelenanalyse spinnt und geheimnist. Besonders weiß Herr Cuneus über die „Menschen im Saargebiet“ nicht zu sagen, an denen er ansonsten ziemlich gleichgültig vorübergeht. Er bezeichnet sie so in Bausch und Bogen als „schwerfällig“, wenngleich er sie, wie er versichert, und das „Land der arbeitsamen Düsternheit“ an der Saar mehr liebt, als wir hier ahnen! Zwar hat Herr Cuneus eine Ahnung von der außergewöhnlichen politischen Spannung, in der die Saarländer leben, die seelische Wirkung dieser Spannung auf die Menschen im Saargebiet blieb aber seinem Blickfeld verborgen.

Wenn wir hier im Saargebiet lediglich ein paar besonders literarisch oder kulturell interessierter Menschen zu buchen hätten, wäre es um das Saargebiet wahrlich schlecht bestellt. Das Urteil der Schwerfälligkeit der Saarbevölkerung zeugt von einer gewissen Leichtfertigkeit, mit der es aufgestellt ist. Der Vertreter der „Neuen Züricher Zeitung“, der sich in der Zeit der ärgsten Bedrückung des Saargebiets unter der Fremdherrschaft des Diktators Raut als erster ausländischer Journalist längere Zeit hier im Saargebiet aufgehalten hat, erkennt an, daß ein „heiterer, arbeitsfroher Menschenschlag“ an der Saar lebhaft ist, und er bezeichnet es als erschütternd, wenn die verdüsterte politische Atmosphäre nicht wieder aufgeheilt werden könnte und diese frohe Bevölkerung in den anderthalb Jahrzehnten (ihrer Lostrennung von der Heimat) in dumpfe Verzweiflung gestoßen, wenn ihr Stolz zertrümmert und ihr Selbstbewußtsein durch Entrechtung gebrochen würde! Daß trotz der bis auf den heutigen Tag verdüstert gebliebenen politischen Atmosphäre die Menschen an der Saar durch eine harte politische Schule gegangen, sich selbst treu geblieben sind, bezeugte vor den Ohren der ganzen Welt Präsident Stephens in einer Ratstagung, indem er offen und frei die Saarbevölkerung als „ordnungsliebend, stolz und im höchsten Maße patriotisch“ bezeichnete.

Wir brauchen wohl nur diese beiden, auf Grund ernster Prüfung des Charakters der Menschen im Saargebiet gewonnenen Ueberzeugungen der oberflächlichen Beurteilung des Herrn Cuneus gegenüberzustellen, um den Satz von den „schwerfälligen Menschen in dem arbeitsdüsteren Lande an der Saar“ als das zu entkräften, was er in Wirklichkeit ist: eine schriftstellerische Gelegenheitsphrase. Die doch nur flüchtige Kenntnis, die Herr Cuneus bei seinem vorübergehenden Aufenthalt von den Menschen und Dingen im Saargebiet haben kann, sollte einen ernsthaft wägenden Menschen bei der Abgabe von Werturteilen doch etwas mehr Vorsicht rathast erscheinen lassen.

Wir begrüßen es hier im Saargebiet, wenn Besucher aus dem Reiche oder dem Auslande zu uns kommen, die sich für unser Geschick unter der nur auf die „Wohlfahrt des Saargebiets“ eingestellten Regierungskommission des Völkerbundes interessieren. Die Methoden dieser Kommission haben zwar die Form der brutalen Vergewaltigung unter einem Raut abgelegt, der Sache nach bleiben wir aber vor wie nach eine entrechtete Kolonie, deren Zustände dem Ideal des Völkerbundes Hohn sprechen. Dankbar erkennen wir die Hilfe an, die uns im Kampfe um unser Recht durch zahlreiche in- und ausländische Pressestimmen als Ergebnis dieser Besuche zuteil geworden ist. Leider hat dieses Interesse mit der Zeit etwas nachgelassen. Der „Saarfreund“ hat es ja oft genug beklagt, daß man sich in der Öffentlichkeit nicht genügend mit der Saarfrage beschäftigt. Denn noch immer ist das Geschick des Saargebiets in ein Dunkel gehüllt, noch immer sind die Bestrebungen nicht erlahmt, einen treudeutschen Bevölkerungsteil aus politischen und wirtschaftlichen Machtgelüsten von seinem Mutterland zu trennen.

Wer in das Saargebiet kommt und dazu berufen ist, vor einem breiteren Forum von seinen Eindrücken und Erlebnissen zu sprechen, sollte daher nicht vorübergehen an unserer völkischen Not, die in Wirklichkeit den Menschen im Saargebiet einen charakteristischen Stempel aufgedrückt hat, anstatt literarische Belange zum Wertmaß besonders qualifizierten Menschentums in einem Gebiete wie dem unsrigen zugrunde zu legen. Hier steht der einfache Arbeiter in einer Charaktergemeinschaft zu allen Volksgenossen in der gleichen Linie; in seiner Seele die unerschütterliche Treue zum angestammten Mutterlande zu spiegeln. Mit einer gewissen Genugtuung stellen wir auch fest, daß unter den maßgebenden Zeitungen im Reiche, besonders auch die „Frankfurter Zeitung“ es mit war, die in der Zeit der größten Not des Saargebiets und auch heute noch sich der Interessen der Saarbevölkerung in warmherziger vaterländischer Weise angenommen hat und noch annimmt, wie es vorbildlich für andere Organe mit sein sollte. Die Proteste aus dem Saargebiet können sich daher auch nicht gegen die „Frankfurter Zeitung“ richten, und können den Dank, den wir ihr zu zollen verpflichtet sind, nicht abschwächen. Aber diese Proteste sind doch wohl auch Zeugen mit dafür, daß die „Schwerfälligkeit des Geblüts“ hier an der Saar nicht heimisch ist, daß der Saarländer sich vielmehr recht beweglich und temperamentvoll zur Wehr setzt, wenn er glaubt, sich gegen ein Unrecht wenden zu müssen. Diese Charaktereigenschaft hat ihm ja auch in seinem politischen Abwehrkampf erfolgreich zur Seite gestanden, und wird ihn, so hoffen wir, zu dem siegreichen Ziele der Wiedervereinigung mit dem Reiche führen. Ist dies Ziel erreicht, dann soll das kulturelle Band des deutschen Geistes uns noch enger miteinander verbinden.

## Das Schicksal des Saargebiets.

Vortrag, gehalten vor der Würzburger Studentenschaft im Dezember 1927.

Von Professor Dr. Kloevekorn-Saarbrücken.

(Schluß aus Nr. 2.)

Im Saargebiet gelten die deutschen Gesetze, soweit sie am 11. November 1918 in Kraft waren. Eine besondere saarländische Staatsangehörigkeit, die Frankreich später so gerne konstruiert hätte, gibt es nicht. Die Bewohner behalten ihre Staatsangehörigkeit, aber es steht ihnen frei, eine andere Staatsangehörigkeit zu erwerben. Daraus geht hervor, daß man nicht von einem eigenen Saarstaat reden kann. Die Bevölkerung behält ihre religiösen Freiheiten, ihre Schulen, ihre Sprache; das Wahlrecht zu den öffentlichen Vertretungen wird ohne Unterschied des Geschlechts von allen über 20 Jahre alten Personen ausgeübt. Für den Reichstag, die preußische sowie bayerische Volksvertretung wählt die Bevölkerung nicht. Die Wählung im Saargebiet ist nach dem Saarstatut die deutsche, doch soll der Umlauf des französischen Franken daneben gestattet sein. Wir werden hören, wie hier eine grundlegende Aenderung eingetreten ist. Der Militärdienst ist im Saargebiet aufgehoben. Militär soll es im Saargebiet nicht geben. Eine örtliche Gendarmerie soll für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen.

Wirtschaftlich ist das Saargebiet dem französischen Zollgebiet eingegliedert worden. Die ersten fünf Jahre sollen aber für deutsche Waren zollfrei sein. Die nach 15 Jahren, also 1935, stattfindende Abstimmung erfolgt gemeinde- und bezirksweise. Stimmberechtigt sind alle über 20 Jahre alten Personen, die zur Zeit der Unterzeichnung des Friedensvertrages ihren Wohnsitz im Saargebiet hatten. Die Abstimmung soll frei und geheim und uneingeschränkt sein. Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, so hat der Völkerbund für die Wiedereinsetzung Deutschlands in die Regierung zu sorgen, fällt das Saargebiet oder ein Teil an Frankreich, so verzichtet Deutschland auf alle Rechte und Ansprüche auf dieses Gebiet. Bleibt das Saargebiet weiter unter der Regierung des Völkerbundes, so muß Deutschland auf die Souveränität verzichten. Für den Fall des Wiederanschlusses an Deutschland hat Deutschland das Recht, die Kohlengruben zurückzukaufen. Der Preis wird durch ein Schiedsgericht festgestellt, das aus einem Deutschen, einem Franzosen und einem Neutralen besteht.



Aus diesen in aller Kürze vorgetragenen grundlegenden Bestimmungen ergibt sich, daß das Saargebiet kein selbständiger Staat ist, aber es ist ein Abstimmungsgebiet mit selbständiger Verwaltung, in der Frankreich einen dominierenden Einfluß sich gesichert hat. Wer das ganze Saarstatut genau studiert, der spürt deutlich, daß dieses ausgeklügelte Instrument dazu dienen sollte, das Saargebiet langsam für Frankreich reif zu machen, nachdem der große Wurf der direkten Anschließung trotz der unerhörten betrügerischen Machenschaften mißglückt war. Zu einer Zeit, als man so viel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker sprach, dieses Recht aber nur dort anwendete, wo es gegen Deutschland war, hat man, ohne das Volk zu fragen, auf Grund einer erwiesenen Unwahrheit das Saargebiet mit einer 100prozentigen deutschen Bevölkerung politisch und wirtschaftlich von Deutschland getrennt. Man hat aber das Volk weiter politisch entrechtet. Die Regierungskommission herrscht absolutistisch. Sie gibt Gesetze aus eigener Machtvollkommenheit. An das Gutachten der gewählten Vertreter der Bevölkerung braucht sie sich nicht zu halten und hält sich meistens auch nicht daran. Ein hochentwickeltes Gebiet von 750 000 Menschen wird autokratisch verwaltet wie eine fremde Kolonie. Von ganz einschneidender Bedeutung für das Industriegebiet waren die wirtschaftlichen Bestimmungen des Saarstatuts. Die Saarkwirtschaft war vor dem Kriege aufs engste mit der deutschen Wirtschaft verbunden, und die Jahre seit dem Friedensvertrage haben den Beweis erbracht, daß alle Versuche, eine Aenderung hervorzurufen, nur den wirtschaftlichen Zusammenbruch hervorrufen. Die saarländische Industrie vermochte sich zunächst des eindringenden französischen Kapitals nicht zu erwehren. Fast alle größeren Werke mit Ausnahme des Röhrlingschen Eisenwerkes in Völklingen sowie die Glashütte von Wenzel und Bopelius in St. Ingbert wurden mit mehr als der Hälfte mit französischem Kapital durchsetzt. Mit welchen wirtschaftlichen Druckmitteln oft gearbeitet wurde, um zum Ziele zu gelangen, will ich hier unerörtert lassen. Wir können heute mit Befriedigung feststellen, daß die französische Industrie in der Erkenntnis, daß für sie aus der Saarindustrie nichts herauszuholen ist, sich in der letzten Zeit aus dem Saargebiet wieder zurückgezogen hat und heute die Mehrheit der großen Werke wieder in überwiegend deutschen Händen ist. Die französische Bergverwaltung machte schon im Jahre 1922 von ihrem Rechte Gebrauch, ihre etwa 75 000 Arbeiter und Angestellten in französischen Franken zu entlohnen, wodurch es bei dem Sinken der deutschen Mark vorübergehend den Saarbergleuten gut ging. Wie schwer aber in den letzten Jahren das Los der Bergarbeiter gewesen ist und heute noch ist, das ist Ihnen ja aus den in den Zeitungen bekanntgegebenen Streiks und Demonstrationen hinreichend bekannt. Ich kann hier auch nur vorübergehend streifen, welche Schäden durch den Raubbau der französischen Grubenverwaltung hervorgerufen werden. Die Regierungskommission folgte der Bergverwaltung in der Einführung des Franken, und dem Währungs dualismus machte die Regierung am 1. Juni 1923 ein Ende, indem sie die gesetzlich und vertraglich verantwortete Markwährung durch die französische Frankenwährung mit der Begründung ersetzte, daß bei dem Zerfall der Mark die deutsche Währung nicht mehr stabil sei.

Durch das Saarstatut wurde endlich das Gebiet in das französische Zollgebiet und damit in die französische Wirtschaft eingegliedert. Selbstverständlich sollte auch diese Bestimmung nur dazu dienen, durch die notwendige Umstellung von Osten nach Westen die Bewohner des Saargebiets langsam vom deutschen Vaterlande loszulösen. Die Tendenz, das Land für Frankreich reif zu machen, wird am deutlichsten, wenn man in einigen Punkten die Entwicklung des Saargebiets seit 1920 beleuchtet.

Sechs Jahre lang, von 1920—1926, hat als Präsident der Regierungskommission der französische Staatsrat Kault das Gebiet verwaltet, und selbst beim besten Willen wird kein Saarländer zugeben können, daß dieser Mann, der der deutschen Sprache nicht mächtig war und auch nicht sein wollte, das ihm anvertraute Gebiet neutral verwaltet hat. In der Regierungskommission war unter seiner Verwaltung, und es ist bis zum heutigen Tage noch so, der französische Einfluß dominierend. Abgesehen von dem saarländischen Vertreter, Herrn Kohnmann, der seit über zwei Jahren ein Ministerium inne hat, haben wir bei einem reichlichen Ministerwechsel nur drei ausländische Vertreter gehabt, die es ehrlich mit der neutralen Verwaltung meinten: der Kanadier Waugh, der in offenem Konflikt mit Kault geriet, der leider früh verstorbene Spanier Espinoza de los Monteros und der vorletzte Präsident, der Kanadier Stephens. Da aber gemäß dem Saarstatut alle Beschlüsse mit Stimmenmehrheit zustande kommen, bestand bis heute keine Möglichkeit, den überwiegend französischen Einfluß in der Regierungskommission zu brechen. Der obere Beamtenkörper in der Zentralregierung ist zum größten

Teil mit französischen Vertretern durchsetzt, und an sehr vielen maßgeblichen Stellen sitzt ein Franzose oder, was manchmal noch schlimmer ist, eine Persönlichkeit, die sich ins Schlepptau der französischen Saarpolitik nehmen läßt. Alle Versuche in den ersten Jahren, durch eine Kulturpropaganda (französische Theateraufführungen, Konzerte usw.) das Volk zu gewinnen, scheiterten ganz kläglich an dem deutschen Sinn der Bevölkerung.

Die vielen Rundgebungen des Volkes an der Saar, wie auch des deutschen Volkes, die Denkschriften der politischen und wirtschaftlichen Vereinigungen an den Völkerbund, sowie endlich die persönliche Fühlungnahme der saarländischen Politiker und Wirtschaftler mit den Vertretern des Völkerbundes in Genf haben bisher ganz entscheidende Erfolge nicht gezeitigt. Als Kault nach sechsjähriger, im Grunde verfehlten Tätigkeit gehen mußte, übernahm der Kanadier Stephens das saure Amt der Präsidentschaft, der aber mit dem saarländischen Ministerkollegen, Herrn Kohnmann, in allen wichtigen Fragen und Beschlüssen in der Minderheit blieb gegenüber dem Belgier Lambert, dem Franzosen Morize und dem Tschechoslowaken Veszenky. Insbesondere letzterer hat durch seine Stellungnahme bei der Jahrtausendfeier der Rheinlande den Unwillen der Bevölkerung auf sich geladen. Man kann seit dem Abgange Kaults wohl einen Unterschied gegen die früheren Jahre feststellen, der etwa so zu formulieren wäre: Unter der Führung Kaults traten die Versuche, das Saargebiet von Deutschland loszulösen, ganz offen zutage, heute sind die Methoden andere geworden, es wird mehr im Versteckten gearbeitet, und da nach Kault zuerst der Kanadier Stephens und heute der Engländer Wilton, also Neutrale, die Führung haben, so sieht das dem Auslande gegenüber ganz harmlos aus. Ueber die Tätigkeit des derzeitigen Präsidenten ist ein begründetes Urteil noch nicht möglich.

Ich möchte vor allem noch auf zwei Erscheinungen hinweisen, die wir im Saargebiet besonders unangenehm empfinden haben und noch empfinden, und die beide der französischen Saarpolitik Vorschub leisten sollten. Das erste ist die Militärfrage. Im Saarstatut wird ausdrücklich festgelegt, daß hier keinerlei Militärdienst stattfinden soll. Trotzdem weilten seit Ende 1918 französische Garnisonstruppen zum Schutze des französischen Eigentums der Saargruben. Immer wieder ist vom Saargebiet aus beim Völkerbund auf diese Verletzung des Versailler Vertrages hingewiesen worden. Erst als die lokale Gendarmerie (die Saarländjäger) ausgebildet war, hat der Völkerbund sich mit der Frage eingehender beschäftigt. Es schien der Zeitpunkt gekommen, daß die französischen Truppen endlich zurückgezogen werden konnten, da fand man den Ausweg, daß die Truppen im Saargebiet doch notwendig seien zum Schutze der ungestörten Verbindung zwischen Frankreich und dem besetzten Gebiet. So konstruierte man den famosen „Bahnschutz“, der aus Franzosen und kleineren englischen und belgischen Abteilungen besteht. Offiziell ist also das Militärweg, aber inoffiziell ist es doch da, und bleibt nun sicher da, bis die ganze Saarfrage liquidiert wird. Wir dienen also heute im Saargebiet strategischen Verbindungen Frankreichs mit dem besetzten Gebiet. Dabei wäre es ganz gut möglich, daß Frankreich das Saargebiet bezüglich der Truppenverschiebungen umginge. Es könnte ja die Linien von Straßburg über Weißenburg oder Lauterburg, von Metz über Trier nach Koblenz und von Trier über Tüftsmühle nach Mainz benutzen. Auch hier merkt man deutlich die Absichten, ja nichts im Saargebiet aufzugeben.

Die zweite, zeitweilig sehr bedenkliche Erscheinung, ist die Einrichtung französischer Schulen im Saargebiet. Im Versailler Vertrag heißt es: „Der französische Staat kann jederzeit als Nebenanlagen der Gruben Volksschulen oder technische Schulen für das Personal oder die Kinder des Personals gründen und unterhalten und darin den Unterricht in französischer Sprache nach einem von ihm festgelegten Lehrplan durch von ihm ausgewählte Lehrer erteilen lassen.“ Wir legen das natürlich so aus, daß diese Schulen nur für die französischen Kinder der von Frankreich herübergekommenen Grubenbeamten und der französischen Regierungsbeamten sind. Die französische Grubenverwaltung hat in Verbindung mit der Regierungskommission diese Schulen auch Kindern deutscher Bergleute zugänglich gemacht aus der politischen Absicht heraus, die Jugend mit französischem Geiste zu infizieren und eine für Frankreich günstige Abstimmung im Jahre 1935 vorzubereiten. Die politischen Parteien des Saargebiets wie auch die deutsche Regierung haben gegen dieses Unrecht ohne Erfolg Protest erhoben. Der amerikanische Völkerrechtslehrer Borchard hat über diese französischen Schulen im Saargebiet ein Gutachten abgegeben, worin er zum Ausdruck gebracht hat, daß der französische Staat nicht das Recht habe, durch seine Grubenverwaltung die sogenannten Domaniale Schulen für Kinder von Bergleuten und Arbeiter, die nicht die französische oder eine andere nichtdeutsche Staats-



angehörigkeit haben, zu errichten, und daß die Regierungs-Kommission nicht berechtigt sei, Verordnungen zu erlassen, durch die die Kinder von deutschen Bergleuten und andere deutsche Kinder die Erlaubnis erhalten, ihrer gesetzlichen Schulpflicht durch den Besuch der französischen Domanialschulen Genüge zu leisten.

Trotz des Unrechtes, das als solches durch wissenschaftliche Autoritäten erwiesen ist, haben diese französischen Domanialschulen Bestand gehabt, und sie existieren noch heute. Wenn man sich vielleicht darüber wundert, daß deutsche Eltern ihre Kinder in diese Schulen geschickt haben, so muß gefragt werden, wie das geschah. Die französische Propaganda hat alle Register gezogen. Man fing an mit Prämien, mit Büchern und Kanzengehalt, mit dem Lockmittel, daß es doch gerade an der Grenze so notwendig sei, daß die Kinder französisch lernten. Man muß dann weiter wissen, daß die Wohnungen sehr vieler Bergleute der Grubenverwaltung, also dem französischen Staate gehören. Das hat man gründlich ausgenutzt. Man hat bessere Wohnungen versprochen für den Fall, daß die Kinder in die französische Schule geschickt wurden, man hat vor allem gedroht, Väter oder Brüder von der Grube abzulegen oder ihnen die Wohnung zu entziehen, falls die Kinder oder Geschwister nicht die französische Schule besuchen würden. Oder die aus der Schule entlassenen Söhne von Bergleuten wurden nur für den Fall bei der Grube angenommen, daß die anderen Kinder des Mannes die deutsche Schule verließen. Frankreich wollte durch diese Schulen politische Wirkungen und Vorteile erzielen auf dem Wege über den Geist. Die wirtschaftspolitische Angleichung sollte durch eine französische Schulpolitik unterstützt werden.

Wir haben diese Schulen, die durch Lock- und Drohmittel vorwärts getrieben wurden, wobei oft Not und Angst begreiflicherweise stärker waren als die politische Zuverlässigkeit, zu unserem großen Schmerze wachsen und blühen, und heute können wir sagen, Gott sei Dank, wieder zusammenschrumpfen sehen. Heute bröckeln diese auf unechten Grundlagen aufgebauten Schulen sehr stark ab. Wir hoffen, daß sie in einigen Jahren verschwunden sein werden. Dank der zielbewußten Aufklärungsarbeit der politischen Parteien, der Presse, der Gewerkschaften, der Pfarrer und Lehrer ist diese große Gefahr zwar noch nicht völlig beseitigt, aber doch zurückgedämmt worden. Es haben sich wegen dieser Schulen in den Seelen mancher Kinder, die von ihren unter französischem Druck stehenden Eltern aus Not und Angst in diese Schulen geschickt wurden, manche kleine Tragödien abgespielt, wenn diese Kinder von ihren Kameraden, die in der deutschen Schule waren, gehänselt, verspottet, verachtet wurden. Heben wir keinen Stein auf, um auf diese Kinder oder ihre Eltern zu werfen; freuen wir uns vielmehr, daß sie allmählich wieder die Kraft und den Mut gefunden haben, dahin zurückzukehren, wo die starken Wurzeln ihrer Kraft sind, in die deutsche Volksschule. Der Kampf um die deutsche Schule ist im Saargebiet mit großer Zähigkeit geführt worden, er ist noch nicht ganz gewonnen, aber er steht zurzeit sehr aussichtsreich für uns. Da wir aber nicht wissen, welche Trümpfe Frankreich für die noch vor uns liegenden Jahre noch in der Hand hat, heißt es für uns als Hüter deutscher Art und deutscher Ehre: „Habt acht, uns drohen vielleicht noch üble Streich.“ Wir wollen nicht, daß man uns welschen Dunst und welschen Tand in unser deutsches Land an der Saar pflanze.

Frankreich muß heute eigentlich nach dem offensibaren Misserfolg dieser Kulturpropaganda einsehen, daß es so nicht zum Ziele kommt, aber Frankreich bewies und beweist in der Verfolgung politischer Gedanken eine Zähigkeit, die uns Deutschen manchmal als Beispiel dienen könnte. Die Schulpropaganda Frankreichs hat gerade in den jüngst vergangenen Monaten mit verstärktem Eifer eingesetzt, und zwar versucht sie jetzt die schulentlassene weibliche Jugend zu ergreifen. Die französische Bergverwaltung, d. h. der französische Staat, der heute im Saargebiet der Arbeitgeber von etwa 75 000 Bergleuten ist, hinter denen noch etwa 200 000 Familienangehörige stehen, hat wirtschaftlich natürlich einen großen Einfluß. So hat er jetzt Näh- und Kochschulen eingerichtet, um durch diese die heranwachsenden Mädchen mit französischem Geiste zu infizieren. Die Schülerinnen werden veranlaßt, französische Zeitungen zu lesen. Nach der mehr theoretischen Ausbildung erfolgt die praktische Ausbildung in Frankreich. Es werden den jungen Mädchen drüben auch Stellen besorgt. Der Unterricht in diesen Schulen wird natürlich in französischer Sprache erteilt, und so überkommt fremder Geist diese Kinder. Nicht in allen Teilen des Saargebiets ist dieser französische materielle und geistige Druck spürbar. Heute hat Frankreich sein besonderes Interesse auf einen Teil des Saargebietes konzentriert, auf die Südwestecke, auf das Warndtgebiet. Dieses Gebiet schließt die bisher noch nicht aufgeschlossenen besten Kohlenfelder des Saargebietes ein. Von diesen Kohlenfeldern sind verschiedene von der französischen Grubenverwaltung des Saargebiets unter Billigung

der Saarregierung an lothringische Privatzechen verpachtet worden, die nun vom französischen Staatsgebiete aus den Abbau dieser Kohlen betreiben. Dadurch wird naturgemäß eine neue Schwierigkeit bei dem Rücklauf der Saargruben durch Deutschland entstehen. Der Sinn des in diesem Südwestzipfel des Saargebiets heute verstärkten französischen Druckes ist vielleicht der, daß Frankreich die Erkenntnis gewonnen hat, daß es das ganze Saargebiet keinesfalls erhalten wird, nun seine Aufmerksamkeit auf den Teil konzentriert, der die wertvollsten Kohlenfelder einschließt, um im Jahre 1935 eventuell der französischen Öffentlichkeit doch mit einem Teilerfolg aufwarten zu können.

Sie werden vielleicht nach den Abwehrmaßnahmen fragen! Wir suchen diesen wirtschaftlich in einer Zwischmühle befindlichen Menschen an der Grenze auf alle nur denkbare Art den Rücken zu steifen und das Verantwortungsbewußtsein zu stärken. Der Kampf ist entbrannt, er ist noch nicht entschieden.

Das Saargebiet hat durch seine politischen Führer in all den vergangenen Jahren seine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an einer wirklich neutralen, von echtem Völkerverständnis getragenen Verwaltung und Regierung zu erkennen gegeben. Aber alle diese friedlichen Angebote sind letzten Endes in Paris abgelehnt worden. So gibt es für uns Saarländer nur eins: Fortführung des Kampfes um die Reinerhaltung des Deutschtums bis zum endgültigen Siege. Wenn wir auf die sieben Jahre des sogenannten Völkerverständnisses im Saargebiet zurückschauen, so können wir Deutschen mit Befriedigung feststellen, daß dank der eifrigen Arbeit der politischen Parteien, der Presse, der Schulen und Kirchen, der Turn- und Sportverbände, der Organisation des Saar-Sängerbundes, Fortschritte erzielt worden sind, die im nichtbesehten Vaterlande auch der beachtenswerten Aufklärungsarbeit des Bundes der Saarvereine mitzuverdanken sind. Es sah zeitweilig trübe aus, aber heute sind doch die schwersten Sorgen von uns genommen. Der stärkste Beweis, daß das Volk an der Saar sein Deutschtum rein und unverfälscht erhalten will, lieferte vor zwei Jahren die Jahrtausendfeier. Wer sie miterlebt hat, war innerlichst erschüttert. Sie müßte den Franzosen den Beweis erbracht haben, daß für Frankreich im Saargebiet keine Vorbeeren mehr zu holen sind. Aber dieses überwältigende Bekenntnis eines ganzen Volksteiles müßte auch den Vertretern des Völkerverständnisses zum Bewußtsein gebracht haben, daß das Saargebiet für den Völkerverbund kein Aktivposten, sondern nur noch ein Debetposten ist.

Wir im Saarlande sind uns darüber klar, daß wir nicht der Mittelpunkt der Erde und der politischen Kräfte Europas, daß wir vielmehr ein winziges Fleckchen in Europa sind, wir sind uns aber bewußt, daß, wenn Frankreich die Wühlereien im Saargebiet fortsetzt — und gerade in den letzten Monaten spürt man wieder eine Verstärkung der Umtriebe —, daß dann das Saargebiet eine Keimzelle für schwere Konflikte werden kann. Deshalb sollte man im Interesse Deutschlands, Frankreichs und des Völkerverbundes diesen Gefahrenherd möglichst bald aus der Welt schaffen. Es ist mehrfach der Gedanke aufgetaucht, das Saargebiet einfach ohne Abstimmung, die uns ja nach dem Friedensvertrage von Versailles garantiert ist, an Deutschland zurückzugeben. Wir legen aber auf diese Abstimmung den allergrößten Wert. Es sollen und müssen durch die Abstimmung für alle Zukunft klare Verhältnisse geschaffen werden. Wir wollen durch die Stimmzettel vor aller Welt und für alle Zeiten zum Ausdruck bringen, daß das Schicksal des Saargebiets steht und fällt mit dem Schicksal Deutschlands. Wir brauchen aber für die notwendige Fortführung des Kampfes das Bewußtsein, daß das ganze deutsche Volk geschlossen hinter uns steht.

Eine hohe englische Persönlichkeit, die vor einigen Monaten im Saargebiet weilte, hat zum Ausdruck gebracht, daß kaum an irgend einer anderen Stelle Deutschlands ihr ein so bewußtes und entschiedenes Deutschtum wie im Saargebiet entgegengetreten sei. Es erklärt sich dies für uns überaus schmeichelhafte Urteil einfach daraus, daß wir seit der Mitte des 17. Jahrhunderts immer in Abwehrstellung standen und um das Deutschtum haben kämpfen müssen. Wir haben die Franzosen in Vergangenheit und Gegenwart kennen gelernt. Sie sind nicht Fleisch von unserem Fleisch, sie sind nicht Blut von unserem Blute, sie sind nicht Geist von unserem Geiste. Wir haben uns mehrfach zur Freiheit durchgerungen, wir werden auch diesmal das Ziel ertämpfen.

Politik wird gewiß nicht allein mit dem Gefühl, aber auch nicht allein mit dem Verstande gemacht. Es sind unwägbare seelische Kräfte, die hier mitwirken, sogar eine entscheidende Rolle spielen. Diese seelischen Kräfte haben hier ihre Wurzeln im deutschen Wesen. Zur Verständigung neigende Menschen haben öfters von dem Saargebiet als einer Brücke gesprochen, die Frankreich und Deutschland verbinden könnte. Wir sind keine grund-



nächtlichen Gegner einer solchen Anschauung, aber für uns ist eine solche Frage nur diskutabel, wenn unser Schicksal eindeutig erst mit Deutschland verbunden und verwachsen ist. Frankreich muß erst klare Beweise dafür geben, daß es auf alle politischen und wirtschaftlichen Ansprüchen im Saargebiet verzichtet. Aber so weit ist Frankreich heute noch keineswegs. Daher gilt es für

uns Saarländer, den Kampf fortzusetzen, bis wir nach der Abstimmung als freie Saarländer den deutschen Brüdern die Hände reichen dürfen in dem Gefühl, daß das, was wir taten und was wir litten, geschah aus Pflicht, aber auch aus Liebe zu unserem Vaterlande.

## Die Gehaltsansprüche der preußischen Saarbeamten.

In einem Rechtsstreit von weittragender Bedeutung für die gesamte Beamtenerschaft des Saargebietes hat das Berliner Kammergericht jetzt das vorläufige Schlusswort gesprochen. Den Klägern, Beamten, die sich seinerzeit der Saarregierungs-Kommission zur Verfügung gestellt hatten, war jetzt ein Erfolg beschieden, als das Kammergericht ihre Ansprüche, die sie gegen den preußischen Fiskus geltend gemacht hatten, dem Grunde nach für gerechtfertigt bezeichnet hat. Dem Prozeß liegt nach der „Saar- und Blies-Zeitung“ folgender Sachverhalt zugrunde:

Die Kläger, zwei höhere Richter und ein Studierrat, sind Beamte, die seit der Konstituierung des Saargebietes unter Leitung der Regierungskommission im Dienste der Saarregierung tätig sind. Sie haben ihre dienstliche Tätigkeit übernommen, nachdem ihnen sowohl von der Regierungskommission des Saargebietes, wie von der preußischen Regierung zugesichert worden war, daß sie pekuniär niemals schlechter gestellt sein sollten, als die gleichgestellten Beamten des preußischen Staates. Diese Zusicherung ist nach den Behauptungen der Kläger seit dem 1. Dezember 1923 nicht mehr erfüllt worden. Seit diesem Zeitpunkt seien nämlich die Gehälter, die die Kläger von der Saarregierung bezogen hätten, wesentlich geringer, als diejenigen, die die übrigen preußischen Beamten in gleicher Stellung erhielten. Die Differenz erklärt sich dadurch, daß die Saarbeamten ihr Gehalt in französischer Währung erhalten, während die übrigen preußischen Beamten in Reichsmark besoldet werden.

Zur Begründung ihrer Ansprüche machten sie insbesondere geltend, daß die preußische Regierung den Saarbeamten mehrfach ausdrücklich zugesichert habe, daß sie durch ihre Tätigkeit im Saargebiet keinerlei Nachteile erleiden sollten. Dieses Versprechen der Regierung sei insbesondere in einem Kabinettsbeschluss vom 23. Oktober 1920 zum Ausdruck gebracht. In diesem Kabinettsbeschluss heißt es u. a.: „Die preußische Regierung verbürgt den Beamten für den Fall der rechtswidrigen Vorenthaltung der ihnen von der Saarregierungskommission zu zahlenden Bezüge das ihnen nach preußischem Recht zustehende Dienst Einkommen.“

Während sich das Landgericht I in Berlin und das Kammergericht auf den Standpunkt stellten, daß der Kabinettsbeschluss in Widerspruch zu den §§ 16 und 19 der Anlage zum Abschnitt „Saarbefehl“ des Versailler Vertrages, der gemäß Artikel 178 der Reichsverfassung zu berücksichtigen sei, stünde, erklärte das Reichsgericht in einem Urteil vom 21. Oktober 1927, daß diese Auffassung des Vorberichts einen Rechtsirrtum erkennen lasse. Denn nach den genannten Bestimmungen des Versailler Vertrages sei die Regierung des Saarbefehlgebietes zwar einem den Völkerbund vertretenden Ausschuss übertragen, der dort alle Regierungsbefugnisse besitze, die früher dem Deutschen Reich und Preußen zustanden, aber der Kabinettsbeschluss greife hier in keiner Weise ein.

Das Reichsgericht hat die Sache aus diesem Grunde zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Kammergericht zurückverwiesen. Dieses hatte sich also nunmehr als vierte

Instanz mit dem Rechtsstreit zu beschäftigen. Während seitens der preußischen Regierung gegen die Ansprüche in der Hauptsache geltend gemacht worden sei, daß der Kabinettsbeschluss unmittelbar Rechteansprüche für die Beamten nicht zur Folge habe, und daß der Kabinettsbeschluss im übrigen im Gegensatz zu dem Versailler Friedensvertrag stehe, so daß auch aus diesem Grunde Ansprüche von ihnen nicht hergeleitet werden könnten, änderte der Fiskus nunmehr seine Taktik, indem er die Ansprüche mit der Begründung abgewiesen haben wollte, daß die Saarbeamten trotz einer ziffernmäßig niedrigeren Bezahlung wirtschaftlich doch ebenso daständen, wie die übrigen preußischen Beamten. Der Vertreter des preußischen Fiskus betonte auch die außerordentlich politische Bedeutung des zu erwartenden Urteils, das von der gesamten Bevölkerung des Saargebietes mit großer Spannung erwartet werde.

Der preußische Fiskus ließ durch seinen Prozeßbevollmächtigten vortragen, daß der Hauptzweck des Kabinettsbeschlusses auf dem Gebiet der allgemeinen deutschen Saarpolitik liege. Wenn Preußen im Evidenznehmen mit dem Reich und mit Bayern seinen Beamten Zusicherungen gegeben habe, so sei das gewiß im Interesse der Beamten selbst geschehen, noch mehr aber im Interesse der gesamten deutschen Saarbevölkerung und der deutschen Sache überhaupt. Habe aber der Kabinettsbeschluss seinen Ausgangspunkt, seine Grundlage und sein höchstes Ziel im deutschen Gesamtinteresse, so befinde man sich auch für seine Auslegung im einzelnen nur dann auf festem Boden, wenn man sie in diesem Rahmen sucht. Diese Gesichtspunkte müßten aber zwingend zu einer Abweisung der klägerischen Anträge führen.

Demgegenüber betonte der Prozeßbevollmächtigte der Saarbeamten, daß nach der in dem Urteil des Reichsgerichts zum Ausdruck gebrachten Rechtsauffassung bei der Prüfung der Ansprüche der Kläger lediglich die Vergleichung der ziffernmäßigen Bezüge in Betracht komme. Das sei aber der Fall, wenn man berechne, was die Saarbeamten erhalten im Vergleich zu den Gehältern, die die übrigen preußischen Beamten beziehen. Abgesehen hiervon hätten aber auch die Saarbeamten einen moralischen Anspruch darauf, daß ihren rechtlich begründeten Forderungen Genüge geleistet werde, denn die Saarbeamten seien in der überwiegenden Mehrzahl nur auf ausdrückliche Bitten der preußischen Regierung im Saargebiet geblieben, und hätten dadurch Pflichten und Lasten übernommen, die die übrigen preußischen Beamten nicht zu tragen hätten.

Das Kammergericht hat sich in vollem Umfange den Ausführungen der Kläger angeschlossen und die Ansprüche derselben dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Zur ziffernmäßigen Nachprüfung der geltend gemachten Ansprüche ist die Sache an das Landgericht zurückverwiesen worden, das sich also nunmehr als fünfte Instanz mit dem Rechtsstreit der nachgerade seit zwei Jahren anhängig ist, zu befassen haben wird.

## Was kostet die Völkerbundsregierung dem Saargebiet.

Unter dieser Überschrift beschäftigte sich die „Saarbrücker Zeitung“ mit dem von uns bereits besprochenen saarländischen Ist-Etat des Jahres 1925. Das Blatt stellt fest, daß das im Saarstatut vorgesehene Sonderregime für das Saargebiet sich als eine außerordentlich kostspielige Maßnahme herausgestellt hat, deren Leidtragende die Saarbevölkerung ist. Erhebliche Mittel würden jährlich aus dem Einkommen und dem Vermögen der Saarbevölkerung herausgezogen, um die Kosten der aufgezogenen Völkerbundsregierung zu bestreiten. Bisher habe die Regierungskommission die Höhe dieser Verwaltungskosten verheimlicht. Auf Grund der ununterbrochenen Vorstellungen der Saarbevölkerung und des Landesrats sei nun endlich der Ist-Etat des Jahres 1925 bekanntgegeben worden, der ein einigermaßen klares Bild über die Kostspielig-

keit der Völkerbundsverwaltung im Saargebiet ermöglicht. Das Blatt kommt dann auf die einzelnen Etatpositionen zu sprechen und führt dazu u. a. aus:

Am teuersten kommt zunächst dem Saargebiet die Regierungskommission zu stehen, die einen Betrag von 2 120 000 Franken erfordert, von dem sich 1 945 000 Franken als Fehlbetrag darstellt. Die Besoldung der Mitglieder der Regierungskommission beträgt hierbei allein 875 000 Franken. Der Präsident der Regierungskommission erhält ein höheres Gehalt als der Ministerpräsident in Preußen bei einer Bevölkerung von 40 Millionen Einwohnern. Unter diesen Ausgaben befindet sich auch der Betrag von 35 570 Franken für ein Sekretariat in Paris, eine höchst überflüssige Ein-



richtung, die von Kault geschaffen worden ist, um eine enge Fühlungnahme mit den französischen Regierungsstellen unterhalten zu können.

Die Zentralverwaltung des Saargebietes erfordert 9 782 000 Franken, von denen 8 251 000 Franken als Fehlbetrag aufgeführt sind. Erschreckend hoch ist hier der Betrag für den Autodienst in Höhe von 533 760 Franken.

Es war das Bestreben der Regierungskommission, die organisatorische Trennung des Saargebietes vom Reich nach Möglichkeit herzuführen und auf allen Gebieten der Verwaltung selbständige Behörden ins Leben zu rufen. So errichtete sie einen besonderen Verwaltungsausschuß, der an die Stelle des Bezirksausschusses in Trier trat und ein besonderes Oberverwaltungsgericht für die bisher von den Oberverwaltungsgerichten Preußens und Bayerns vorgenommenen Geschäfte. Das Oberverwaltungsgericht des Saargebietes hat im Jahre 1925 13 Sitzungen vorgenommen und gegenüber 600 Franken Einnahmen 55 236 Franken Ausgaben gehabt. Jede dieser Sitzungen kostet also dem Saargebiet rund 4300 Franken. Der Verwaltungsausschuß verursacht einen Fehlbetrag von 116 000 Franken und das statistische Amt einen solchen von 93 000 Franken, wobei jedoch zu beachten ist, daß sich hier aus dem Verlauf der statistischen Jahresberichte eine Einnahme von 471 Franken ergeben hat, die zeigt, welche große Nachfrage und welches „große Bedürfnis“ bei der Saarbevölkerung für diese Berichte besteht!

Trotz der Warnungen der deutschen Regierungsstellen, ist die Regierungskommission nicht davor zurückgeschreckt, das Versicherungswesen im Saargebiet auf eine selbständige Grundlage zu stellen, obwohl bei dem geringen Umfange und bei der geringen Bevölkerungszahl des Saargebietes keine Gewähr für eine leistungsfähige Sozialversicherung gegeben ist. Hohen Beiträgen stehen daher geringe Leistungen gegenüber. Auch die hier geschaffene Behördenorganisation kostet der Saarbevölkerung erhebliche Beträge. Das Landesversicherungsamts hat ein Defizit von 192 000 Franken, das Oberversicherungsamts ein solches von 91 000 Franken. Während die Rheinprovinz bei einer Bevölkerungszahl von sieben Millionen Einwohnern nur eine Landwirtschaftskammer hat, hat das Saargebiet mit seinen 760 000 Einwohnern ein gleiches Institut, das ihm 87 000 Franken kostet, zu deren Deckung die beteiligten Landwirte allein in Höhe von 60 000 Franken Beiträge leisten müssen. Der in Saarlouis errichtete Oberste Gerichtshof verschlingt einen Betrag von über einer Million Franken und vermehrt den Fehlbetrag der Justizverwaltung in erheblichem Maße. Während im Reich die Eisenbahnen mit erheblichen Ueberschüssen arbeiten, erfordert die Eisenbahn im Saargebiet einen Zuschuß von 20 958 000 Franken. Auffällig ist es hier, daß die Regierungskommission dieses Defizit noch dadurch vergrößert, daß sie für die Beförderung von Militär und von Militärgut erheblich ermäßigte Tariffätze gewährt. Hier müßte der Fahrpreis unbedingt erhöht werden. Wenn die Zahl der Benutzer dadurch kleiner werden sollte, dann tauscht die Saarbevölkerung dafür die Annehmlichkeit ein, daß es diese mitunter lästigen Mitfahrer in der Eisenbahn künftig vermissen kann. Auch das Post- und Telegraphenwesen erfordert einen Zuschuß von 6 650 000 Franken. Dagegen schlägt der Etat des Oberbergamtes, dieser neugeschaffenen, an Stelle des Oberbergamtes in Bonn getretenen Behörde bei einem Abschluß von über einer Million Franken mit einem „Ueberschuß“ von 5,98 Franken ab! Der höchst überflüssige Studienauschuß, der geschaffen worden ist, um ein Gegengewicht gegen den Landesrat zu haben, kostet der Saarbevölkerung über 87 000 Franken und die, um die Wohlfahrt der Bevölkerung zu schützen, durch die Regierungskommission in fast allen Gemeinden des Saargebietes bewirkte Schaffung von Landjägerstellen bedeutet einen Ausgabeposten von 11 634 000 Franken, der erheblich höher ist als im Reich für eine gleiche Bevölkerungszahl für dieselben Polizeizwecke aufgewandt wird. Obwohl in § 28 des Saarstatuts ausdrücklich hervorgehoben wird, daß die deutsche Saarbevölkerung ihre deutsche Sprache und Schule behält, muß sie für die Förderung des fakultativen französischen Unterrichts 127 494,85 Franken aufbringen. Der Etat des Jahres 1927 geht hier noch weiter und sieht außerdem eine Beihilfe für die französische katholische Kultusgemeinde in Höhe von 230 000 Franken und für die französische protestantische Kultusgemeinde eine solche von 42 744 Franken

vor. Daß diese Ausgabebeträge sich mit dem Saarstatut nicht vereinbaren lassen, ist offensichtlich.

Wenn sich somit auf Grund dieser Zahlen ergibt, daß die Belastung der Saarbevölkerung zur Ausbringung der Kosten der ihr aufgezwungenen Völkerbundsregierung eine außerordentlich hohe ist, so muß jedoch weiterhin beachtet werden, daß diese Verwaltung von Jahr zu Jahr kostspieliger geworden ist. Um so schwerwiegender erscheint es daher hier, daß die Saarbevölkerung kein entscheidendes Mitwirkungsrecht bei der Feststellung des Etats und somit bei der Verringerung der Ausgaben durch ihre berufenen Vertreter im Landesrat hat, zu deren Deckung sie allein und in fühlbarster Weise aufzukommen hat.

Wer zahlt uns das alles zurück — fragt der Verfasser und wird vergeblich auf eine Antwort warten müssen.

### Der Westauschuß zur Räumungs-Aussprache.

Aus Anlaß der Rheinlanddebatten im Reichstag beim Haushalt des auswärtigen Amtes und des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete erläßt der Westauschuß für Rhein, Saar und die Pfalz (Reichsverband der Rheinländer, Bund der Saarvereine, Verein der Pfälzer, Verein der Rheinessen in Berlin, Vereinigte Landsmannschaften Eupen-Malmédy-Monschau, Rheinische Frauenliga, „Deutscher Rhein“ e. V.) folgende Erklärung:

Wir begrüßen dankbar die Forderung des Außenministers Dr. Stresemann, daß endlich Schluß gemacht wird mit der Rheinlandbesetzung und dem Saar-Regime. Recht und Moral verlangen die sofortige, bedingungslose Räumung. Wir lehnen aufs entschiedenste jede besondere Kontrolle des entmilitarisierten Rheinlands ab. Auch wenn sie nur bis zum Jahre 1935 gelten soll. Wer Frankreichs Militärpolitikern den kleinen Finger bietet, reicht ihnen die ganze Hand. Zum Schaden der Reichshoheit am Rhein. Diese nimmer satte französische Rheinpolitik wird nicht ruhen, jede Art besonderer Kontrolle am Rhein über 1935 hinaus zu verewigen.

Darum fort mit der Besatzung! Keine éléments stables!

### Kleine politische Umschau.

— — — dann fittere se die Fisch

Ich geh in meiner freie Zeit  
Als an de Saar schbazierte.  
Dort lamm'r sich aach uhne Geld  
Schä leschlich amisierte.  
Do seh ich öfters 'n Soldat  
Bum Bahnschuh — forsch unn frisch —  
Er schtammt aus England — meiner Seel —  
Der fittert hier die Fisch.  
Wann ich m'r als des Bild betracht,  
Do denk ich in mei'm Sinn  
Der Mann is sicher Filoso  
Unn lenkt uns uff was hin:  
De Bahnschuh hot so gar län Wert  
For uns — dek sieht 'r ei —  
Unn zwecklos uhne Wert kann  
De Mensch doch aach nit sei.  
Ich männ, de vorg'leht Völkerbund,  
Der wääß dek ganz gewiß,  
Daß hier bei uns im Saargebiet  
Rä Bahnschuh neetig is.  
Unn wann se nit noch Insiht krieh'n,  
Die Herrn vum grine Disch'  
Schteht ball de ganze Bahnschuh do  
Unn fittert uns die Fisch.

Schorlch.

Keine Immunität für die Landesratsmitglieder.

In der Januarsitzung des Landesrates wurde die Antwort der Regierungskommission auf eine schon vor einiger Zeit gestellte Anfrage über die Immunität der Mitglieder des Landesrates erteilt. Diese Antwort entspricht ganz der Einstellung der Regierungskommission zu den Grundforderungen der Verwaltungsdemokratie. Sie sagt nämlich, daß nach allgemeinem Brauch Immunität nur den Abgeordneten von Parlamenten mit gesetzgebender Gewalt zusteht. Der Landesrat habe aber nur ein Begutachtungsrecht. Eine Gewährung der Immunität müßte daher auch einen Ausbau der anderen parlamentarischen Rechte zur Folge haben. Dazu sei die Regierung



Kommission nach dem Friedensvertrag nicht zuständig. In Einzelfällen sei man durchaus gewillt, wie bisher die strafrechtliche Verfolgung von Abgeordneten auszuüben, wenn sie sonst am Erscheinen bei Sitzungen verhindert wären. Die Bekanntgabe dieser Entscheidung rief bei allen Parteien die stärkste Entrüstung hervor. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß sich auch weiterhin der Landesrat trotz dieser Entscheidung das Recht nicht nehmen lassen werde, seine Meinung frei zu äußern. Dieser Vorgang ist erneut ein Beweis dafür, in welcher Rechtlosigkeit sich die Saarbevölkerung noch immer befindet, wenn man es wagt, in solcher Weise eine nicht unbedeutende grundsätzliche Frage zu erledigen, indem man eine Antwort erteilt, bei der deutlich genug Spott und Hohn hindurchklingen.

In der gleichen Sitzung wurde gelegentlich der Verabschiedung einer Vorlage über die Regelung des Luftverkehrs einstimmig gefordert, dafür Sorge zu tragen, daß in diesem Frühjahr der Luftverkehr und mit dem Saargebiet aufgenommen werden kann. Es wurde auf die ernste Gefahr hingewiesen, daß schließlich das Saargebiet ganz vom internationalen Luftverkehr ausgeschlossen bleibe. Daher sei es wohl Zeit, noch bestehende Schwierigkeiten endgültig zu überwinden. Zur Frage des Luftvertrages teilt die „Saarbr. Landeszeitg.“ ferner mit, daß die französische Besatzungsbehörde jetzt für den Flugplatz Mainz-Wiesbaden die Genehmigung zur Durchführung zweier Flüge, und zwar nach Saarbrücken und Köln verfügt. Bekanntlich war der Bau des Flugplatzes erlaubt worden, das Fliegen aber noch verboten. Auch jetzt ist nach wie vor das Überfliegen des Mainzer Besatzungsflughafens und eines großen Teiles des Mainzer Militärgeländes zwischen Mainz und Gonsenheim verboten.

Eine Vorlage, die dem Beitritt des Saargebiets zu einem internationalen Übereinkommen über die Eichung der Binnen-schiffe zum Gegenstand hatte, gab dem Landesrat Gelegenheit, einige grundsätzliche Forderungen zu erheben. Bisher hat die Regierungskommission alle internationalen Vereinbarungen in aller Stille abgeschlossen und es auch nachher nicht für notwendig gehalten, diese entsprechend zu veröffentlichen. Zur Begleitung dieses unhaltbaren Zustandes wurde gefordert, daß die Regierungskommission derartige Vereinbarungen vor ihrem Abschluß dem Landwirt zugehen läßt und später im Amtsblatt im vollen Umfang veröffentlicht. Dieser Forderung kommt insofern besondere Bedeutung zu, als zum 31. März 1928 das Steuerabkommen der Regierungskommission mit dem französischen Staat betr. die Besteuerung der Saargruben abläuft und die Befürchtung besteht, daß in aller Heimlichkeit ein neues, das Saargebiet in ähnlicher Weise schädigendes Abkommen zustande gebracht wird. Es bedarf keiner Frage, daß die Vertreter der Saarbevölkerung ein Anrecht darauf haben, bei der Lösung einer derartig bedeutsamen Frage auch entsprechend mitzuwirken. Ferner wurde die weitere Anpassung der saarländischen Sozialversicherung an die reichsdeutsche Versicherung gefordert.

Im übrigen verabschiedete der Landesrat ein Jugendwohlfahrtsgesetz, das im wesentlichen der entsprechenden reichsgesetzlichen Regelung vom Jahre 1924 entspricht. Ferner wurde eine neue Verordnung gutgeheißen, die die Versorgung der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen regelt und die eine Übernahme der 5. diesbezüglichen reichsdeutschen Novelle bedeutet.

#### Aufwertungsfragen.

Wie die Zentrumsfraktion des Landesrates der Presse mitteilte, hat die Regierungskommission dem Landesrat einen Verordnungsentwurf zugehen lassen, der sich auf die Aufwertung von Hypotheken, Grundschulden, Grundrenten und anderen dringlichen Rechten bezieht. Die Vorlage erfordert eine eingehende Beratung auch durch die Interessentenverbände. Im allgemeinen lehnt sich die Vorlage an die deutschen Bestimmungen über die Hypothekenaufwertung an. Die Aufwertung, die 25 Prozent betragen soll, bezieht sich auf vor dem 1. Juni 1923 gegründete Rechtsverhältnisse. Hat der Gläubiger die Leistung in der Zeit nach dem 14. Juni 1922 angenommen, so findet eine Aufwertung der Hypothek und der persönlichen Rechte kraft Rückwirkung auch dann statt, wenn der Gläubiger sich bei der Annahme der Leistung seine Rechte nicht vorbehalten hat. Als Stichtag gilt der 1. Juni 1923, das Datum der Einführung des französischen Franken im Saargebiet. Die Verzinsung beginnt am 1. Januar 1927 mit 8 Prozent und steigt am 1. Januar 1928 auf 4 Prozent und ab 1. Januar 1929 auf 5 Prozent. Die Bezahlung des Aufwertungsbeitrages kann nicht vor dem 1. Januar 1933 verlangt werden, es sei denn, daß besondere Verhältnisse vorliegen. Als Aufwertungsstellen sind die Amtsgerichte vorgesehen, deren rechtskräftigen Entscheidungen für die Gerichts- und Verwaltungsbehörden bindend sind. Die Verordnung wird voraussichtlich schon in allernächster Zeit in Kraft gesetzt werden.

#### Treuhandermethoden der Saarregierung.

Wie die Regierungskommission ihre Treuhänderschaft über die Saarbevölkerung aufstellt, wird durch einen neuen Fall in Saarlouis illustriert. Als dort vor zehn Monaten die vertragswidrige französische Besatzung endlich abzog, hoffte die ganze Bürgerschaft, insbesondere die durch die Wohnungsnot bedrückten Familien,

daß nunmehr in kürzester Frist die dem Militärismus zugehörenden Wohnungen endlich freigegeben würden. Jetzt, nach zehn Monaten, beginnt die Saarregierung mit der Besetzung der Wohnungen und geht dabei in der ungerechtesten Weise vor. So beabsichtigt sie einer Meldung der „Saarzeitung“ in Saarlouis zufolge, sechs in einer Kaserne freigewordene Wohnungen für einen einzelnen ausländischen Beamten in eine herrschaftliche Wohnung mit 18 Zimmern einrichten zu lassen, obwohl der ausländische Beamte bereits in einer großartigen Wohnung untergebracht ist, während es fünf- und sechsköpfige Familien in Saarlouis gibt, die in einem einzigen Wohnraum haufen müssen.

#### Ein Anschlag gegen die Wegehoheit der Gemeinden.

In der letzten Sitzung des Gemeinderates Frauenlauren wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen, die sofort an die zuständigen Stellen weitergeleitet werden soll. „Die Gemeindevertretung in Frauenlauren hat davon Kenntnis bekommen, daß die Regierungskommission eine Verordnung erlassen habe, gemäß der die Gemeinden nicht mehr in der Lage sein sollen, selbständig über ihre Straßen zu verfügen, wenn es sich um Gruppen- oder Fernversorgung mit Gas handelt. Die Gemeinden, legen den größten Wert darauf, daß sie nach wie vor unverkürzt die Wegehoheit selbst ausüben können. Dies ist nicht nur eine elementare Forderung der Selbstverwaltung, sondern auch eine Notwendigkeit, die bei dem Abschluß von Verträgen erfahrungsgemäß öfter die größte Rolle spielt. Die Verkümmern der Wegehoheit, wie von der Regierungskommission beabsichtigt, kann sich leicht zu einem Instrument gegen die Gemeinden in der Hand der Gasversorgungsanstalten entwickeln.“

#### Der Pressemaßstab.

Die Regierungskommission hat auf Grund der berückichtigten Notverordnung vom Juni 1923 das Wochenblatt „Saardeutscher Leuchtturm“ für die Dauer von einem Monat verboten, da es wie es in der Begründung heißt, versucht habe, „die verschiedenen Teile der Bevölkerung des Saargebiets gegeneinander aufzureizen.“ Wir hätten nicht erwartet, daß ein solches Verbot mit einer derartigen Begründung von dem jetzigen Präsidenten der Saarregierung unterzeichnet werden würde. Wir kennen das genannte Blatt nicht, auch nicht seine politische Tendenz, mutmaßen aber, daß es sich um ein deutsches Organ handelt, weil die Regierungskommission des Saargebiets noch niemals gegen die hegerische Propaganda von französischer Seite eingeschritten ist.

## Kleine Tageschronik.

#### Die Kriegergräber am Spicherer Berg.

Wie in der Saarpresse mitgeteilt wird, ist bei einer Besichtigung des Geländes auf den Spicherer Höhen durch Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe Saarbrücken des „Volksbund deutscher Kriegergräberfürsorge“ festgestellt worden, daß sämtliche noch dort vorhandenen Kriegergräber (Einzel- und Massengräber) in der Zeit vom 2. bis 15. Januar 1928 durch die französische Militärbehörde ausgehoben wurden. Die noch vorhandenen Knochenreste wurden eingesargt und in einem neu anzulegenden Friedhof, an der Grenze des Hauptweges nach Spichern und Vicinalweg, hinter dem Denkmal des auf dem Felde der Ehre gefallenen Oberleutnant Gangloff, beigelegt. Bei diesen Ausgrabungen wurden verschiedene noch sehr gut erhaltene Gegenstände vorgefunden: ein Pfeilkopf mit dem Bildnis des Prinzen Friedrich Karl von Preußen, ein kleines Weisfen, sogenanntes Muzken, mit dem Bildnis des Kaisers Napoleon, und eine Gedenkminze aus dem Feldzug 1866, sowie, abgesehen von anderen wertvollen Gegenständen, in einem Grabe der Betrag von 150 Goldfranken, in einem anderen eine wohlerhaltene silberne Uhr, die 6.15 Uhr stehengeblieben war.

Hierzu bemerkt die „Saarbrücker Landes-Zeitung“: In Artikel 16 des Frankfurter Friedensvertrages vom 10. Mai 1871 hatten sich die Regierungen Deutschlands und Frankreichs verpflichtet, die Gräber der auf ihren Gebieten beerdigten Soldaten respektieren und unterhalten zu lassen. Zur Ausführung dieser Vertragsbestimmung ist unter dem 2. Februar 1872 ein besonderes Gesetz erlassen worden (Gesetzbl. für Elsaß-Lothringen S. 123), das die dauernde Unterhaltung der Gräber in Elsaß-Lothringen sicherstellt, und es bestehen die auf dieser Grundlage getroffenen Anregungen in der Hauptsache darin, daß

1. für sämtliche innerhalb der Friedhöfe belegenen Gräber das dauernde Ruherecht auf Landeskosten erworben wird;
2. sämtliche außerhalb der Friedhöfe belegenen Massengräber und Einzelgräber von besonderer Bedeutung zum Zweck ihrer dauernden Unterhaltung gleichfalls angekauft und
3. die außerhalb der Friedhöfe belegenen übrigen Einzelgräber nach Ablauf der durch das Dekret vom 25. prair. 12 vorgeschriebenen fünfjährigen Frist geleert und die Reste in Massengräber übergeführt werden.

Im allgemeinen ist die gesetzliche Ruhefrist auf 40 Jahre festgesetzt.



Wie das Blatt weiter erzählt, sollen die Denkmäler, die auf den Spicherer Höhen von den einzelnen Regimentern, wie Nieder-rheinisches Inf.-Regt. Nr. 39, Gren.-Regt. Prinz Karl Nr. 12, Inf.-Regt. Fürst Karl Anton von Hohenzollern Nr. 40 und Inf.-Regt. Nr. 48 errichtet wurden, auf ihrem jetzigen Standort verbleiben. Auch der im Jahre 1903 am Fuße des Spicherer Berges durch das hannoversche Inf.-Regt. Nr. 74 angelegte Friedhof wird in seiner jetzigen Gestaltung bestehen bleiben. Der Gedentstein, der auf der Höhe vom Verschönerungsverein Alt-Saarbrücken für den auf den Höhen gefallenen General von Francois errichtet wurde, bleibt ebenfalls bestehen.

Wie uns weiter mitgeteilt wird, werden zurzeit die bei Meh gelegenen Denkmäler von 1870 von deutscher Seite restauriert. Darauf werden die Denkmäler in der Umgebung von Saarbrücken folgen, während im Herbst die Denkmäler bei Weißenburg und Wörth einer Befichtigung unterzogen werden sollen. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge läßt sich die Pflege und Erhaltung der Denkmäler angeeignen und fördert ihre Erhaltung in jeder Weise.

**Saarbrücken.** Der Landkreis Saarbrücken hat im Baujahr 1927 in Friedrichsthal, Dudweiler, Herrensohr, Völklingen und Dudweiler insgesamt 42 Häuser erstellt. Die Gestehtungspreise für die schlüsselfertigen Häuser stellen sich im Durchschnitt bei dem größeren Typ mit rund 85 Quadratmeter Wohnfläche auf 8600 bis 9000 RM. und bei dem kleineren Typ mit rund 55 Quadratmeter Wohnfläche auf 6500 RM. Der Kreisausschuß hat unter Zustimmung des Kreistages beschlossen, im Baujahre 1928 bei genügender Beteiligung Häuser gleicher Größe in folgenden Gemeinden zu errichten: Gündingen, Bischmisheim, Rilsingen-Hanweiler, Dudweiler, Völklingen, Wehrden, Geislautern, Püttlingen, Dudweiler und Großrosseln.

Zum Neubau des städtischen Sparkassengebäudes auf dem Grundstück am Rathausplatz, zwischen Großherzog-Friedrich- und Nassauer Straße, wurde kürzlich der erste Spatenstich getan. — Wie aus einer Uebersicht der Oberpostdirektion für das Saargebiet hervorgeht, gibt es in Saarbrücken über 5000, in Neunkirchen über 1000, in Illingen über 200, in Lebach über 100, in Bettingen und Saarlouis mehr als 50 Fernsprechanstaltungen. — Die hiesige Kohlenhandlung Justus Arnold konnte kürzlich ihr 60jähriges Geschäftsjubiläum feiern. Aus kleinen Anfängen hat sie sich im Laufe der Zeit zu einer Weltfirma entwickelt, deren Hauptbasis sich heute infolge der veränderten Zeiten an der Ruhr befindet. Sie unterhält Filialen in Mannheim, Frankfurt, Stuttgart, Essen, Basel und Antwerpen. Der jetzige Inhaber der Firma, Hermann Hartner, bezieht im Laufe d. J. sein 25jähriges Jubiläum als Inhaber der Firma. — Bei dem Versuch, auf einen fahrenden Straßenbahnwagen aufzuspringen, kam der 34 Jahre alte Prokurist Leidenkuth von der Landesbank unter die Schutzvorrichtung des Anhängerwagens und wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf seinen Verwundungen erlag. — Auf der Burbacher Hütte wurde der Elektriker Alois Schneider bei Reparaturarbeiten an einem der neuerbauten Blikkräne tödlich verletzt. — An den ehemaligen Schießständen im Saarbrücker Stadtwald wurde ein französischer Soldat erschossen aufgefunden. Aus der bei ihm gefundenen Militärpistole ist zu schließen, daß er sich selbst das Leben nahm.

**Schafbrücke.** Im Grumbachtal ist durch umfangreiche Landverkäufe eines Grundbesizers ein neuer Straßenzug mit 11 Einfamilienhäusern entstanden. Die beiden Dörsteile Bischmisheim und Schafbrücke, die vor dem Kriege 20 Minuten voneinander getrennt waren, sind durch die vielen Bauten nach dem Kriege zu einem Ort verschmolzen.

**Fechingen.** Die evangelische Kirchengemeinde beabsichtigt, für den Dörsteil Neufechingen eine eigene evangelische Pfarrkirche zu bauen. Da dieser Dörsteil sich nach dem Kriege bedeutend vergrößert hat und angesichts des bevorstehenden Zusammenschlusses der Gemeinden Brebach-Fechingen und Gündlingen eine weitere Zunahme der Bevölkerung eintreten wird, ist es zu begrüßen, daß diese Gemeinde ihren langgehegten Wunsch bald verwirklichen kann.

**Völklingen.** Die Völklinger Hochofenkatastrophe hat leider noch weitere Opfer gefordert, so daß die Zahl der Toten auf insgesamt dreizehn gestiegen ist. Unter starker Beteiligung fand die Beisetzung der Verunglückten statt. Von den verschiedensten Seiten sind den Angehörigen bzw. dem Hüttenwerk Beileidskundgebungen zugegangen, darunter von der Preussischen Bergwerksdirektion (Abwärtungsstelle), vom Oberpräsident der Rheinprovinz usw. Für Sonntag, den 22. Januar, waren aus Anlaß des Hochofenunglücks, auf Veranlassung der Polizeiverwaltung Völklingen, alle angebotenen Lustfahrten untersagt worden. Von den verschiedensten Stellen sind für die Hinterbliebenen Spenden eingegangen, darunter von der Regierungskommission 40 000 Franken, von der Stadt Saarbrücken 25 000 Fr., von der Stadt Völklingen 30 000 Fr., der Gemeinde Dillingen 10 000 Fr. usw. Die Fachgruppe der Schwerindustrie beschloß, pro Mann ihrer

Belegschaft einen Franken für die Opfer der Völklinger Katastrophe bereitzustellen. Die Völklinger Hüttenwerke haben den Hinterbliebenen 50 000 Franken überwiesen. Die Entstehungsursache der Katastrophe konnte nicht festgestellt werden, nach den Ermittlungen des Gewerbeaufsichtsamts Saarbrücken-Land liegt aber ein Verstoß gegen die Unfallverhütungsvorschriften noch gegen anerkannte Regeln der Wissenschaft oder der Technik nicht vor. — Wie die „Völklinger Nachrichten“ mitteilen, hat sich die Bürgermeisterei Völklingen das Vortaufrrecht für die ergiebige Sprengerbachquelle in Sprengen gesichert. Es schweben Verhandlungen über den Beitritt der Bürgermeisterei Völklingen zu dem Wasserwerksverband Elm, Schwalbach, Sprengen und Püttlingen, der vor zwei Jahren gegründet wurde, um die genannte Quelle der Wasserversorgung nutzbar zu machen.

**Groß-Rosseln.** Die Verfolgung der Raubmörder, die seinerzeit den Raub auf die Lohngelder derübten und dabei auch einen Mord begingen, scheint, wenn die letzten Nachrichten zutreffen, nun zum Erfolg zu führen. Die Bande trieb sich nach der Tat längere Zeit im Grenzgebiet herum, konnte aber nicht festgenommen werden. Nach neuen Meldungen sollen sie sich über die Verhältnisse in der Fremdenlegation erkundigt haben, woraus man schließt, daß sie sich in der Verzweiflung dorthin gewandt haben. Der in Frage kommende Transport ist bereits in Afrika angekommen.

**Tholey.** Wie Pfarrer Müller in Tholey der „Saarbrücker Landeszeitung“ mitteilt, befindet sich die viertälteste Glode der Christenheit im Saargebiet, und zwar in Tholey. Sie stammt aus dem Jahre 1307. Eine etwas jüngere Glode der Abteikirche in Tholey stammt aus dem Jahre 1451. Die frühere Abtei- und jetzige Pfarrkirche besaß 9 Gloden, die alle in den Revolutionsjahren von den Franzosen geraubt wurden. Die zwei Gloden von 1307 und 1451 befanden sich in der alten Pfarrkirche, die neben der Abteikirche am jetzigen Marktplatz in Tholey stand. Die Pfarrkirche war klein und deshalb entgingen wohl die Gloden den Spürnasen der Franzosen. 1883 kamen drei neue Gloden nach Tholey von der Firma Goussier, Metz. Diese fünf Gloden bilden eines der schönsten und harmonischsten Geläute der Diözese und entgingen deshalb, wenn auch mit knapper Not — die drei Gloden von 1883 waren schon beschlagnahmt — dem Lose so vieler Kirchengloden im Weltkrieg.

**Hühnersfeld.** Die in unserem Ort in erhöhtem Maße auftretenden Grubensenkungen verursachen des öfteren Wasserrohrbrüche, durch die den Bewohnern große Unannehmlichkeiten entstehen.

**Friedrichsthal.** Die Regierungskommission hat den Gemeinderat von Friedrichsthal aufgelöst und den Landrat des Kreises Saarbrücken angewiesen, den Zeitpunkt der Neuwahlen innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist von sechs Monaten zu bestimmen. Bis zur Einführung der neu gewählten Mitglieder beschließt an Stelle des Gemeinderats der Kreisausschuß des Kreises Saarbrücken.

**Neunkirchen.** Nach den Verhandlungen des Kreises Ottweiler mit der Stadt Neunkirchen soll diese am 1. April aus dem Kreis ausscheiden und damit einen eigenen Stadtkreis bilden. Die Entscheidung liegt bei der Regierungskommission. Wie die „Neunkirchner Zeitung“ nun berichtet, soll über den Antrag erst nach Anhörung des Landrats entschieden werden. Nach dem genannten Blatt ist es fraglich, ob der jetzige Landrat noch befragt wird. Falls erst der neue Landrat mit der Angelegenheit befaßt wird, dürfte es kaum möglich sein, den vorgesehnen Zeitpunkt des Ausscheidens der Stadt aus dem Kreise Ottweiler einzuhalten. — Auf der Spicker Höhe beabsichtigt die gemeinnützige Baugesellschaft „Eigene Scholle“ eine neue Siedlung zu errichten. Vorläufig stellen sich dem Projekt noch Schwierigkeiten entgegen, weil die Wasserversorgung der beabsichtigten Siedlung wegen der zu niedrigen Sohle des Hochbehälters im Steinwald unmöglich wäre.

**Reisweiler.** Das Anwesen von Johann Ren wurde durch einen Brand bis auf die Umfassungsmauern zerstört. Leider sind dabei 6 Schweine und etwa 50 Stück Federvieh, ferner die ganzen Getreide- und Futtervorräte den Flammen zum Opfer gefallen.

**Dillingen.** Die Gastwirtschaft Außem ging durch Kauf in den Besitz des Herrn Eduard Jech über. — Obwohl der Kreistag Saarlouis bereits im März v. J. den Bau der Brücke zwischen Dillingen und Wallersfangen beschlossen hat, ist bisher in der Angelegenheit nichts weiter geschehen. — Der neue Gemeinderat hat beschlossen, im Jahre 1928 insgesamt 40 Wohnungen zu errichten und hierzu eine Anleihe aufzunehmen.

**Saarlouis.** Die Pariser Stellen haben dem Ersuchen der Saarbrücker Gerichtsbehörden auf Auslieferung der beiden in Nizza verhafteten Saarlouiser Kreispartassendefraudanten entsprochen. — Am 1. Februar soll hier ein neues Blatt, die „Neue Saarlouiser Zeitung“, ins Leben treten, das der Deutschen Volkspartei nahestehen wird.



**Breidorf.** Ein junger Mann von hier trat zu Beginn des Krieges als 18jähriger Kriegsfreiwilliger beim Militär ein. In Russland geriet er in Gefangenschaft und wurde nach Sibirien verbracht. Von diesem Zeitpunkt an blieben die Angehörigen ohne jegliche Nachricht. Dieser Tage ist nun der längst Vermißte in seiner Heimat eingetroffen. Als Bursche mit 18 Jahren hat er seine Heimat verlassen und im Alter von 32 Jahren kehrt er jetzt zurück.

**St. Ingbert.** Der Stadt St. Ingbert steht im nächsten Jahre eine Feier seltener Art bevor. Im Herbst des Jahres 1929 werden es hundert Jahre, daß ihr die Stadtrechte verliehen wurden. Die Stadt St. Ingbert wird diesen Gedentag würdig begehen. Unter anderem ist auch eine große gewerbliche und landwirtschaftliche Ausstellung geplant. Der Termin dieser Ausstellung wurde bereits festgesetzt anlässlich der letzten landwirtschaftlichen und gewerblichen Ausstellung des Saargebietes. — Der Stadtrat erklärte sich damit einverstanden, daß sich die Stadt St. Ingbert mit einem Drittel des erforderlichen Betriebskapitals an der Verkehrsgesellschaft zum Betrieb von Autolinien, Gau St. Ingbert — Jägersfreude, beteiligt. Mit der Einrichtung der wichtigen Autoomnibuslinie soll alsbald begonnen werden. Es müssen einstweilen 5 Wagen angeschafft werden.

**Enzheim.** Ein amüsantes, aber in allen Teilen wahres Geschichtchen wird zurzeit von den Bewohnern unseres Dorchens herzlich belacht. Ein Herr aus Saarbrücken kam auf seiner Auslandsreise auch nach China. Als Erinnerung erhandelte er sich dort schwarzlackierte Döschen, Kästchen, Tablettis usw. mit zarten chinesischen Mustern und Motiven, wie Reihern, Tempeln usw. Er schleppte auf der Rückreise seinen Pack unverdrossen mit, um auch seinen Freunden und Angehörigen zu Hause diese Produkte einer fremden Kleinkunst und Handmalerei präsentieren zu können. Doch wer malt sich seine Bestürzung aus, als er von diesen hören mußte, daß es sich nicht um chinesische, sondern um eine gut deutsche Ware handele, die in dem seine zwei Wegstunden entfernt liegenden Enzheim gemacht worden sind, wo diese Gegenstände heute noch wie schon vor hundert Jahren fabriziert und nach aller Herren Länder exportiert werden. Der Posten Packwaren hat also auf eigenartige Weise seinen Weg in die Heimat gefunden. Diese kleine Begebenheit bietet wieder einen Beweis dafür, daß mancher die Erzeugnisse selbst seiner engeren Heimat nicht kennt.

## Personalnachrichten.

Lehrer Jakob Heydt in Saarbrücken ist im Alter von 88 Jahren verstorben. Mit ihm ist ein deutscher Mann von altem Schrot und Korn dahingegangen, der zu den bekanntesten Alt-Saarbrücker Bürgern gehörte. Ein volles Menschenalter hat er im Saargebiet als Jugenderzieher gewirkt, sie mit sittlichem Ernst und geistigen Gaben für den Kampf des Lebens ausgerüstet. Was er sät, durfte er ernte: Freude und Frohsinn, Anhänglichkeit und Treue. In allen Bürgerkreisen war Vater Heydt ein gern gesehener Gast. Neben seiner Jugenderziehung erntete er Dank vor allem für seine langjährige Organtätigkeit in der Schloß- und Ludwigskirche. Sein Hinscheiden nach über 50jähriger Tätigkeit in Saarbrücken wird daher allgemein betrauert.

**Rechtsanwalt Dr. Walter** ist im Alter von 56 Jahren plötzlich verstorben. Er ist im politischen und kommunalen Leben als Demokrat und Wähler der Interessen der Mieterschaft stark in der Öffentlichkeit hervorgetreten. Er gehörte dem Saarbrücker Stadtverordnetenkollegium an und hat dort in sachlicher Stellungnahme zu den verschiedenen kommunalpolitischen Fragen die Interessen der Bevölkerung wahrgenommen. In besonderem Maße war er bemüht, einen Ausgleich der widerstrebenden Interessen auf dem Gebiete des Wohnungswesens herbeizuführen.

Das Fest ihrer Goldenen Hochzeit feierten die Eheleute: Johann Schild und Kath., geb. Kehler, in Wiebelstirchen (77 bzw. 74 Jahre); Geflügelhändler Johann Schorr und Magd., geb. Schu, in Oberthal (81 bzw. 74 Jahre); die Eheleute Pinter-Klaud in Bachem, Johann Jhms in Thelen (76 bzw. 70 Jahre); Johann Spies und Margaretha, geb. Warken, in Thelen (die Jubilarin verstarb kurz nach dem Feste und wurde unter großer Anteilnahme zu Grabe getragen); Johann Schild und Katharina, geb. Hauser, in Oberbergbach; Georg Huber und Katharina, geb. Schaller, in Hausweiler (73 bzw. 72 Jahre).

Ihre Silberhochzeit feierten die Eheleute: Nikolaus Frau und Barbara, geb. Bläus, in Kleinsblittersdorf; Franz Kriebisch in Bildstod; Eisenbahner Matthias Hepp in Herrensohr; Johann Bommer und Anna, geb. Schmitz, in Herrensohr.

**Todesanzeigen.** Saarbrücken: Frau Katharina Krak, geb. Kamp, 52 Jahre; Peter Müller; Heinrich Melchior, 54 Jahre; Frau Wwe. Katharina Bähr, geb. Siffrein, 85 Jahre; Heinrich Christian Michler, 50 Jahre; Wendel Reinert, 60 Jahre; Anna Maurer, geb. Paul, 59 Jahre; Johann

Churt, 76 Jahre; Willt Mandt, 23 Jahre; Dr. Christian Walter; Wilhelm Wihler sen., 71 Jahre; Peter Petto, 88 Jahre; Lippmann Weiller, 72 Jahre; Georg Blummann, 57 Jahre; Karl Münch, 47 Jahre; Frau Dorothea Rüd, geb. Hoffmann, 44 Jahre; Frau Susanna Lieser, geb. Mummert, 45 Jahre; Jakob Heydt, 89 Jahre; Frau Wwe. Rosalie Schillen, geb. Rupp; Frau Auguste Jaedel, geb. Reich, 60 Jahre; Karl Bloch, 70 Jahre; Christian Ruster, 70½ Jahre; Frau Frieda Thomas, geb. Szebrat; Frau Anna Zimmer, geb. Schmitz, 70 Jahre; Amalie Petermann, geb. Brenner, 70 Jahre; Frau Maria Diez, geb. Brehmer, 34 Jahre; Adolf Dancs, 80 Jahre; Friedrich Dahlem, 37 Jahre. — **Brebach:** Frau S. Doni Bodenheimer, geb. Rosenstiel, 32 Jahre; Frau Wwe. Chr. Kehler, geb. Bender, 96 Jahre; Nikolaus Haas, 38 Jahre; Frau Jakob Lorenz, geb. Mühleis. — **Fechingen:** Frau Wwe. Luise Walter, geb. Schuppmann. — **Klein-Blittersdorf:** Joh. Nikol Brettar, 84 Jahre; Max Piper, 52 Jahre. — **Sersweiler-Widelsberg:** Frau Maria Gühring, geb. Ruhn, 21 Jahre. — **Fürstenthausen:** Jakob Altpeter, 76½ Jahre. — **Louisenthal-Saar:** Frau Wwe. Maria Dorothea Kehler, geb. Paul, 72 Jahre; Frau Sabine Hoff, geb. Rug, 80 Jahre. — **Altenfessel:** Ernst Zimmer, 64 Jahre. — **Böblingen:** Frau Wwe. Maria Kunkel, geb. Müller, 51 Jahre; Julius Hedler, 31 Jahre; Ernst Jentsch, 76 Jahre; Wilhelm Schlauch, 51 Jahre; Frau Wilhelmine Dides, geb. Geibel, 37 Jahre. — **Walpershofen:** Willi Huppert, 21½ Jahre. — **Tholey:** Ruth Maria Janton, 3¼ Jahre. — **Sulzbach:** Johann Kornelius, 62 Jahre. — **Wahlscheid:** Johann Wonn. — **Griesborn:** Friedrich Glasow. — **Friedrichsthal:** Erich Wendel, 19½ Jahre. — **Bildstod:** Johann Nikolaus Hassel, 75 Jahre. — **Neunkirchen:** Josef Schud, 77 Jahre; Emil Krug, 21 Jahre; Katharina Stenger, 28¼ Jahre; Joseph Martin, 80 Jahre; Frau Wwe. Katharina Eisenbeis, geb. Hollinger, 80 Jahre; Frau Else Brad, geb. Wülf, 31 Jahre; Christ. Fried, 73 Jahre. — **Wiebelstirchen:** Frau Wilhelmine Müller, geb. Neutang, 45 Jahre; Frau Wwe. Karoline Zimmer, geb. Gerwert, 76 Jahre. — **Landweiler:** Franz Nauhauser, 75 Jahre; Philip Maurer, 78 Jahre. — **Merschweiler:** Heinrich Thome. — **Ottweiler:** Ludwig Mühlenbacher, 72 Jahre; Rudolf Bechtold, 56 Jahre; Karl Staudter, 57 Jahre. — **Dillingen:** Frau Wwe. Maria Thomaser, geb. Maurer, 80 Jahre; Mathias Meilchen, 70 Jahre; Mathieu Neumann; Jacob Simbert, 80 Jahre; Frau Wwe. Anton Landry, Anna, geb. Altmayer, 65½ Jahre; Rubi Huwig, 5 Jahre. — **Ensdorf:** August Schäfer, 66 Jahre. — **Thbach:** Frau Wwe. Johann Conrad, Anna Maria, geb. Schüh, 84 Jahre. — **Saarlouis:** Matthias Schwantge, 60 Jahre; Frau Wwe. Mathias Schwerdtner, Lucia, geb. Momper, 79 Jahre; Frau Wwe. Philipp Koch, Maria, geb. Schlitz, 84 Jahre; Sebastian Brenner. — **Kentrich:** Wilhelm Joh. Berrang, 27 Jahre. — **St. Ingbert:** Nikolaus Henrich; Frau Maria Bed, geb. Kiehl. — **Schnappach:** Frik Bleibtreu, 63 Jahre. — **Homburg:** Antemie Krehbiel, 4 Jahre. — **Niedergailbach:** Theodor Sturn, 79 Jahre. — **Duisburg:** Frau Josef Stojit, Helene, geb. Altmeyer, 49 Jahre.

## Vom „Bund der Saarvereine“.

**Ortsgruppe Duisburg des Bundes der Saarvereine.** Am 28. Januar 1928 fand die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe im Vereinslokal „Rathaus Reichshof“ statt. Nach einer herzlichen Begrüßung der Anwesenden eröffnete der Vorsitzende, Herr Lehmann, die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 ergriff der Vorsitzende das Wort und gab einen kurzen Ueberblick über das verflossene Geschäftsjahr. Er wies vor allen Dingen darauf hin, daß trotz dem ein großer Teil der Mitglieder in recht erfreulicher Weise den „Saar-Freund“ bereits liest, dennoch eine Anzahl Mitglieder unserer Zeitschrift immer noch abseits stehe. Es sei aber unbedingt notwendig, im Interesse unserer Bestrebungen den „Saar-Freund“ zu beziehen und weiter verbreiten zu helfen. Von den zehn Monatsversammlungen, die im abgelaufenen Berichtsjahre veranstaltet wurden, fanden einige in Duisburg-Meiderich, in Stule usw. statt. Die Ortsgruppe beteiligte sich im abgelaufenen Jahre wiederum an dem Sonderzug von Dortmund nach Saarbrücken und auch an der Bundestagung in Würzburg. Im Vorstand trat im Berichtsjahre ein Wechsel insofern ein, als der 1. Schriftführer, Herr Jacob, sowohl wie auch der 1. Kassierer, Herr Gerhardt, ihre Ämter niederlegten. Für die treue und aufopfernde, unermüdlige Tätigkeit für den Verein wurde Herrn Jacob von dem Vorsitzenden der höchste Dank übermittelt. Am Schlusse des Jahresberichts wurde allen Mitgliedern der Ortsgruppe noch einmal der Dank für ihre Mitarbeit im Jahre 1927



ausgesprochen und damit die Hoffnung verknüpft, daß die Anteilnahme und das Interesse aller Mitglieder im neuen Jahre noch größer werde und die Ortsgruppe an den Bestrebungen des Bundes der Saarvereine in so tatkräftiger Weise weiter mitarbeiten könne nach dem Grundsatz: „Treue um Treue“. Unter Punkt 2 wurde der Kassenbericht erstattet. Nach demselben wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Punkt 3 der Tagesordnung wurde durch die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes erledigt. Als Vereinslokal wurde unter Punkt 4 das Rasthaus Reichshof bestimmt. Unter Punkt 5 „Verschiedenes“ kamen noch einige kleinere Angelegenheiten zur Sprache, die im Sinne der eingelaufenen Anträge erledigt wurden. Der Vorsitzende schloß darauf die Versammlung mit dem Ausdruck des Dankes für das rege Interesse an der Hauptversammlung.

**Ortsgruppe Darmstadt des Bundes der Saarvereine.** In der Generalversammlung der Ortsgruppe, die am 6. Januar 1928 stattfand, erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Derselbe setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Willi Eisenbeiß, 2. Vorsitzender Konr. Burgard, 1. Schriftführer Gg. Jungmann, 2. Schriftführer Paul Wendel, 1. Kassierer Rikl. Timmer, Beisitzer: Prof. Wilh. Walger (Ehrenmitglied), Alfred Korn, Kessel Donsdorfer. Nach der Generalversammlung vereinte die Teilnehmer noch ein gemütliches Zusammensein.

**Ortsgruppe Buer-Erle des Bundes der Saarvereine.** Am Sonntag, den 15. Januar 1928 fand eine außerordentliche Generalversammlung der Ortsgruppe statt, auf deren Tagesordnung der Kassenbericht und Entlastung des Kassierers, Neuwahl des Vorstandes und Verschiedenes stand. Nach Abgabe des Kassenberichts wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde zum 1. Vorsitzenden Philipp Scherer, Buer-Erle, Bismarckstr. 256, zum 2. Vorsitzenden Wilh. Bommer, zum 1. Schriftführer Friedr. Schulz, zum 2. Schriftführer Jakob Heyer, zum 2. Kassierer Straßer, zum 1. Beisitzer Heinrich Eltpeter, zum 2. Beisitzer Heinz Schmitt gewählt. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde einstimmig beschlossen, demnächst eine größere Veranstaltung durchzuführen.

**§ Saar- und Pfalzverein Erfurt, Ortsgruppe des Bundes „Saar-Verein“.** Unsere diesjährige Jahreshauptversammlung fand am 17. 1. d. J. in unserem Versammlungslokal „Hotel Rheinischer Hof“ in Erfurt statt. Es war uns bei dieser Gelegenheit eine besondere Freude, wieder eine Anzahl abstimmungsberechtigter Landsleute als neue Mitglieder begrüßen zu dürfen. Neben der Erläuterung der Ziele des „Bundes der Saarvereine“ gab der 1. Vorsitzende, Landsmann Weinkauff, einen allgemeinen Rückblick auf die Verhältnisse in der engeren Saarheimat, wie sie sich im vergangenen Jahre unter der Fremdherrschaft entwickelt hatten. Landsmann Fetz als 1. Kassierer erstattete den Kassenbericht und Landsmann Brunkau als 1. Schriftführer den Geschäftsbericht. Beiden Landsleuten sei für ihre unermüdete und ersprießliche Arbeit im Interesse unserer Ortsgruppe im besonderen und der Saarheimat im allgemeinen aufs beste gedankt. Für die zukunftsreichhaltigen ausscheidenden Vorstandsmitglieder fanden Neuwahlen statt; wesentliche Änderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes brachten die Wahlen nicht mit sich. Zum einhelligen Bedauern der Versammlung legte Landsmann Weinkauff sein Amt als 1. Vorsitzender unserer Ortsgruppe vor Ablauf des Wahlabschnittes nieder, weil er sich verpflichtet fühlte, seine ehrenamtliche Tätigkeit gegenwärtig ausschließlich in einem anderen Zweige der örtlichen vaterländischen Bewegung auszuüben. Wir erkennen seine Beweggründe für seinen notgedrungenen Verzicht auf aktive Mitarbeit an leitender Stelle in unserer Ortsgruppe als stichhaltig an, hoffen aber, daß dies nur ein vorübergehender Zustand sein möge und daß wir Landsmann Weinkauff im kommenden Jahre wieder als 1. Vorsitzenden begrüßen können. An Stelle des Landsmannes Weinkauff wurde Landsmann Niemeyer einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt. Aus der Mitgliederbewegung innerhalb unserer Ortsgruppe im vergangenen Jahre müssen wir leider berichten, daß wir den Tod eines Mitgliedes, des Kaufmannes Schumann, zu beklagen hatten. Herr Schumann, der unserer Ortsgruppe nur verhältnismäßig kurze Zeit angehört hat, hat es in dieser Zeit durch sein einnehmendes Wesen verstanden, die Zuneigung aller zu erwerben. Wir werden dem aufrechten deutschen Manne stets ein ehrendes Andenken bewahren.

**§ Saarpforträge mit Lichtbildern in Nienburg Weser** sind im Einvernehmen mit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ von dem Herrn Studiendirektor der Staatlichen Baugewerkschule in der letzten Zeit vor 350–400 Erwachsenen und Schülern gehalten worden. In einem heimatkundlichen, Geschichte, Schicksal und Nöte der „Rheinlande und des Saargebietes“ als Grenzlande kennzeichnenden Vortrag wurden die interessanten Bilder unter großem Beifall vorgeführt und während des Vortrages auch auf die durch das Versailler Diktat angeordnete Abstimmung im Saargebiet in eindrucksvoller Weise hingewiesen. Der Staatlichen Baugewerkschule Nienburg gebührt ganz besonderer Dank für das große Interesse, welches sie auf diese Weise der Saarfrage entgegengebracht hat.

In Mülheim an der Ruhr fand am 23. Januar eine große Kundgebung für Rhein, Ruhr und Saar des dortigen Gardevereins statt, an der zahlreiche Abordnungen aus dem Saargebiet wie auch die Ortsgruppe Mülheim des Bundes der „Saar-Vereine“ teilnahmen. Wie der „General-Anzeiger“ für Mülheim feststellte, stand die Kundgebung völlig unter dem Gesichtspunkte: „Das Saargebiet ist deutsch!“ In allen Reden, in den Begrüßungs- und Festansprachen, in den lebenden Bildern und Liedern lag eine enge Verbundenheit der Bewohner des Saargebietes mit ihren deutschen Stammesbrüdern fest verankert. Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern! Dieses Bekenntnis dürfte durch die Herzen aller Teilnehmer verankert worden sein, daß man hier wohl von einem Festabend sprechen kann, dessen tieferer Sinn mit dem Vertilgen der alten Militärmarke und dem Verschwinden der bunt-malerischen Bilder auf der Bühne beendet war, sondern der beigetragen hat, die schweren Zeiten zu ertragen, die noch andauern werden, bis unser Saarland und das besetzte Gebiet wieder zum freien Deutschland gehören. Dank und Gruß der saarländischen Vertreter überbrachte der erste Vorsitzende des Gardevereins Merzig a. d. Saar. (Es waren ferner vertreten die Garde-Vereine Saarbrücken und Saarlouis). So wie man im unbefestigten Deutschland das Saarland nicht vergesse, würde man auch an der Saar niemals das deutsche Vaterland vergessen. Im Saargebiet, an der südwestlichsten Kante Deutschlands, sei man jetzt noch durch den Versailler Vertrag, den größten Schandvertrag der Weltgeschichte, der Völkerbundsregierung unterworfen. Die Brüder an der Saar seien von ihren deutschen Volksgenossen durch manche Schikanen und durch beengende Zollschranken getrennt. Trotzdem hätten sie allen Lodungen und Verführungen der Franzosen standhaft widerstanden. In Schulen und Kirchen, in Parteien und Gewerkschaften, in den deutschen Sportvereinen und in der deutschen Sängerschaft hätten sich die Mitglieder der Gardevereine ihre Verdienste um das Deutschland erworben. Die Mitglieder der Gardevereine an der Saar hätten es sich zur Aufgabe gemacht, die deutsche Macht an der Saar zu halten. Gerade in den letzten Wochen mache die französische Presse alles mobil, um Holz vom deutschen Stamme zu splintern. Das Land aber sei deutsch und werde deutsch bleiben. Erst über ein befreites Land könne sich der Regenbogen des wahren Friedens von Deutschland nach Frankreich spannen. Der endlose Beifall, der diesem aus ehrlichem Herzen kommenden Bekenntnis zum deutschen Vaterlande folgte, war noch nicht verrauscht, als der erste Vorsitzende der Mülheimer Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine, Studienrat Rodler, das Wort ergriff. Er rief den Brüdern aus dem besetzten Gebiete und aus der Saarheimat einen herzlichen Willkommengruß zu und dankte dem Gardeverein dafür, daß er dem Feste den Gedanken einer Kundgebung für besetztes Gebiet und Saarland zugrunde lege, der bei so vielen Vereinen der bedrohten Gebiete und auch bei der Bevölkerung Mülheims solch begeisterten Widerhall gefunden habe. Sodann ging Rodner kurz auf die Bedeutung dieser Kundgebung gerade für das bedrohte Saargebiet ein. Die Bewohner der noch besetzten Zonen des Rheinlandes könnten sich mit dem Gedanken trösten, daß nach einer verhältnismäßig festgelegten Frist die feindlichen Truppen abziehen müssen, während die Zukunft unserer bedrohten Saarheimat recht ungewiß und dunkel sei. Die Treue der Saarbewohner, die ja selbst 1935 über ihr Geschick zu entscheiden hätten, sei über allen Zweifel erhaben. Zu wiederholtem Male seien Beispiele dieser Treue des Saarpvolkes in der Geschichte des Saarlandes zu finden, von denen vor allem zwei aus den letzten 10 Jahren hervorzuheben seien. Im Dezember 1918 habe das treudeutsche Saarpvolk eine Eingabe, betitelt: „Unser Wille zum Deutschen Reiche“, an Wilson übermittelt, in der es heißt: „Wir Einwohner des Stadt- und Landkreises Saarbrücken, eines rein deutschen Gebietes, erheben feierlichst Einspruch gegen das in französischen Zeitungen hervorgetretene Verlangen, uns von unserm deutschen Vaterlande zu trennen und uns Frankreich, einem uns innerlich völlig fremden Staate, einzuverleiben. Wir sind Deutsche nach Abstammung, Geschichte, Sprache und Gesinnung. Wir wollen auch jetzt in der Zeit des tiefsten Unglücks mit unsern deutschen Brüdern und Schwestern weiter vereint bleiben.“ Dieses Treubekenntnis sei in nicht zu überbietender Art von allen Bewohnern 1925 bei der Jahrtausendfeier erneuert worden, bei der an 40 000 Menschen in die Nacht zogen und Männer und Jünglinge ihre Hände zum Schwure erhoben: „Deutsch sind wir und wollen wir immer bleiben“, während von allen Saarbergen die Freudenfeuer als Symbol heißer Vaterlandsliebe leuchtend emporzüngelten. Damals habe Frankreich erkannt, daß an eine offene Annexion nicht mehr zu denken sei! Aber der nach dem Rheine lüsterne Nachbar habe den Gedanken, das Saargebiet dauernd seinen Interessen gefügig zu machen, nicht aufgegeben, was leider am Jahresluß 1927 habe festgestellt werden müssen, denn die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Saargebietes hätten sich im verflochtenen Jahre sehr zu Ununfiken der Bevölkerung, des Landes und der Interessen Deutschlands verschoben. Größte Aufmerksamkeit und höchste Alarmbereitschaft seien das Gebot der Stunde. Im Laufe der letzten Jahrhunderte habe Deutschland schon allzu viel Raum



durch Abplitterung von Randgebieten verloren, und es sei unser aller heiligste Pflicht, dafür zu sorgen, daß dieses Stückchen deutschen Bodens restlos dem Vaterlande erhalten bleibe. Wenn wir aber unsern Brüdern dort unten in der bedrohten Westmark Schulter an Schulter im Kampfe beistanden, dann hätten wir nicht zu fürchten um des Saarlands Schicksal — dann werde sich restlos erfüllen der im Ruhrkampfe geprägte Schwur: „Rhein, Ruhr und Saar, deutsch immerdar.“

## Vom Saargrubenbau.

Opfer französischen Grubenbaues.

Auf Grube von der Heydt verunglückte der verheiratete Bergmann Wilhelm Bach aus Niedersalbach durch niederstürzende Kohlenmassen. Er trug einen schweren Beinbruch davon. Auf Grube Kohlwald erlitt der Bergmann Birkelmann aus Neunkirchen durch Quetschung tödliche Verletzungen. Schwer verletzt wurde auf Grube Dudweiler der Kohlenhauer Jakob Vogel aus Hühnerfeld. Er erlitt schwere Becken- und Rippenbrüche und mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. Auf Grube Dechen fiel der Bergmann Jakob Klingmann einem tödlichen Unfall zum Opfer. Auf Grube Heinich verunglückten die Bergleute Karl Klein und Peter Schulz aus Elbersberg durch niedergehende Gesteinsmassen schwer. Auf Grube Bergbach fand man den 19 Jahre alten Bergschüler Joseph Lang aus Mittelberbach unter dem Gerippe des Jahrschachtes als Leiche auf. Der Bergmann Alois Schwinm aus Schwalbach geriet auf Grube Ensborn zwischen Kohlenwagen und Förderkorb und mußte schwerverletzt dem Krankenhaus zugeführt werden.

## Fahrbare Volksbüchereien

Der im letzten Sommer gegründete Verband der Volksbüchereien des Saargebietes hat, wie wir bereits berichteten, für eine große Reihe von Orten des Saargebietes eine fahrbare Bücherei eingerichtet, die in regelmäßigem 14tägigen Wechsel in den Orten, deren Bürgermeistereien sich angeschlossen haben, einen Nachmittag lang ausleiht. Ein Bücherbestand von etwa 4000 Bänden (Ergänzungen, Reiseberichte, Lebensbilder, technische, naturwissenschaftliche Literatur und Bücher aus allen Gebieten) steht zur Verfügung. Die Entleiherung ist durch den Beitrag der Gemeinden kostenlos. Die Bücherei sucht regelmäßig folgende Orte auf: Hanweiler-Rüdingen, Auermacher, Gersweiler, Großrosseln, Ludweiler, Emeritsweiler, Nahweiler, St. Nikolaus, Karlsbrunn, Lauterbach, Ueberherrn, Bisten, Ittersdorf, Felsberg, Kerprichhemmersdorf, Niederaltendorf.

## Bücherbesprechungen.

Die Deutsche Buch-Gemeinschaft (Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 156), auf die wir unsere Leser schon wiederholt hingewiesen haben, hat ihre stattliche Auswahlreihe in der Zwischenzeit wieder um zahlreiche wertvolle Bücher erweitert. Die Deutsche Buch-Gemeinschaft zählt ungefähr 350 000 ständige Mitglieder und gibt jährlich etwa 50 neue Bände heraus, so daß jetzt schon 225 Bände der völlig freien Wahl der Mitglieder zur Verfügung stehen. Wir heben aus den Neuerscheinungen besonders vier Werke hervor, die zugleich den breiten Rahmen des Verlagsprogramms aufweisen. Zunächst liegt eine Halblederausgabe des berühmten Romans von Thomas Mann „Königliche Hoheit“ vor, die im Buchhandel wesentlich teurer ist. Eine gleich hohe literarische Bedeutung hat der großangelegte Roman „Jürg Jenatsch“ des fast klassisch zu nennenden Schweizer Dichters Conrad Ferdinand Meyer, der in der Herbstserie der Deutschen Buch-Gemeinschaft erschien. Wissenschaftlich und weltanschaulich interessierten Lesern wird das Originalwerk „Magie und Zauberei in der alten Welt“ von dem bekannten Berliner Schriftsteller Kurt Auer sehr viel neues Material bringen. Das Werk ist mit zahlreichen Abbildungen geschmückt und berücksichtigt die gesamten Ergebnisse der Ausgrabungen und neuesten Forschungen.

Eine ähnliche gründlich angelegte Arbeit, wenn auch aus einem ganz anderen Gebiet, ist das erste, zusammenfassende Werk über die Geschichte der deutschen Jugendbewegung, das unter dem Titel „Mit uns zieht die neue Zeit“ soeben bei der Deutschen Buch-Gemeinschaft herausgekommen ist. Esle Frobenius, eine der besten Kennerinnen der Materie, schildert unparteiisch und auf Grund eingehender Quellenstudien die gesamte Entwicklung der Jugendbewegung bis auf unsere Zeit. Das Werk enthält 16 Ab-

bildungen sowie ein erschöpfendes Literaturverzeichnis und Adressenmaterial der verschiedensten Verbände. Es ist das erste zusammenfassende Werk über dies wichtige Kapitel deutscher Kultur. Der geringe Mitgliederbeitrag bei der Deutschen Buch-Gemeinschaft umfaßt nicht nur ein Buch vierteljährlich, das man aus der großen Reihe aller erschienenen Werke frei auswählen kann, sondern auch die speisenfreie Lieferung der „Lehestunde“, einer vierzehntägigen, reich illustrierten Zeitschrift von 40 Seiten Umfang, die einen erstklassigen Originalroman bedeutender Autoren, Novellen, Aufsätze usw. enthält. Die Deutsche Buch-gemeinschaft, die die führenden Namen der modernen deutschen Literatur in ihrem Verlag vereinigt und die Tempelklassiker zu Vorzugsspreisen an ihre Mitglieder abgibt, versendet auf Anforderung ihre ausführlichen Prospekte kostenlos an jedermann.

„Ein rheinisches Heft der „Neuen Saat“ (Vierteljahrshefte für Volksbildung und Heimvolkshochschule, Verlag von Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen. Jährlich 6 RM., Einzelhefte 1,75 RM.), ist soeben als Gegenstück des vor einem halben Jahre erschienenen Ostmarkenheftes herausgekommen. Das Bild Karls des Großen (in Rothells Kunst dem Heft beigegeben), durchleuchtet Geschichte, Volkstum und Glaube: die Grundlagen der Heimvolkshochschulen bis in unsere Gegenwart. Lebendig wird die ganze Mannigfaltigkeit dieser Heimvolksschulen des Rheingebiets mit ihren Grundsätzen und Fragen, ihren Zusammenhängen mit Jugendbewegung und Kirche, vor allem in ihrer Arbeit und ihrem Heimleben vorgeführt (mit Abbildungen) und auf knappem Raume eine Auslese des rheinischen Schrifttums als Spiegel des Volkstums geboten. Alle Hoffnungen auf ein erneutes Deutschtum, auf ein wirkliches Volkswerden, knüpfen sich an diese vorwiegend ländlichen Heime und es wird hohe Zeit, daß jedermann ihre tiefgründige und ständig wachsende Arbeit kennen lernt.“

## Briefkasten.

Von B. in H.: Mk. 1,50 mit bestem Dank erhalten.  
Von B. u. L. in Wallerfangen: 10 M. mit herzlichem Dank erhalten.  
Z. in C. 6,50 M., B. in B. 30.— M., R. in B. 5.— M., J. in C. 24.— M., D. in H. 11,50 M., L. in B. 10.— M., B. in L. 10.— M., Sch. in D. 2.— M., G. in C. 10.— M. Mit bestem Dank erhalten!

## Jeder Deutsche muß Mitglied des Bundes „Saar-Verein“ sein!

Anmeldungen bei der

## Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11

Königsgräber Straße 94 II als Einzelmitglieder oder bei den zahlreichen Ortsgruppen in 90 Städten des Deutschen Reiches.

## Sie suchen

einen

## Mitarbeiter!

Bin Saarländer, ab April in Berlin als Unvers.-Audient, Journalist, in all. Spart. bew., Stenogr u Schreibm perf., franz u. engl. Spracht. che Arbeit als Korresp. o. Sekret. o. Redakt., evtl. Stllg. i. Abendstunden.

Erbitte heute Ihre Offerte unter S. 101 an die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 94 II.

Erscheint: zunächst monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der viersseitigen durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. C. B. Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 94. Fernsprech. Anschluß: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 60 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postkontanto Berlin NW 7, Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Depositionskasse O. Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein C. B.“ mit dem Vermerk „Saar-Verein“ erbeten. — Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein C. B.“, Berlin SW. 11, Königsgräber Str. 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW. 11.

illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“. Bestellungen nur In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein. — Bezugspreis monatlich 60 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postkontanto Berlin NW 7, Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Depositionskasse O. Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein C. B.“ mit dem Vermerk „Saar-Verein“ erbeten. — Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein C. B.“, Berlin SW. 11, Königsgräber Str. 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag, Berlin SW. 11.